Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 22. bis 28. Juni 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstr. 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 147 — Donnerstag, 26. Juni 1924 — 31. Jahrgang

Seid kampfbereit!

Genossinnen und Genossen!

Der Berliner Parteitag hat gezeigt, daß die Reihen unserer Partei für die bevorstehenden schweren Entscheidungen geschlossener denn je bereit stehen. Meinungsverschiedenheiten, wie sie in einer kämpfenden Partei selbstverständlich sind, wurden kameradschaftlich ausgetragen. Die Zeit seit dem Nürnberger Einigungsparteitag hat bewiesen, daß die beiden vordem getrennt marschierenden Parteien wieder zu einer Partei zusammengeschweißt sind, so wie es früher zu den besten Zeiten gewesen ist. Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt die politische Organisation, in der sich alle Männer und Frauen des arbeitenden Volkes sammeln, die auf demokratischem Boden zu sozialistischen Zielen vorwärtsstreben.

Die Reichstagswahlen vom 4. Mai haben keine klare Regierungsmehrheit ergeben. Der Anspruch der Deutschnationalen auf Führung einer Regierung des Bürgerblocks wurde bisher abgewiesen. Dennoch drängen sie immer von neuem nach der Macht, die sie früher als Vertreter der privilegierten Schichten innehatten. Ein Teil der Mittelparteien ist aus taktischen Gründen bereit, ihren Ansprüchen weit entgegenzukommen, um sie durch Teilnahme an der Verantwortung zu kompromittieren. Würde es nicht bei dem bloßen Versuch dieses frevelhaften Spiels bleiben, **so hätten den unausbleiblichen schweren Verlust die breiten Massen des Volkes zu tragen.**

Die Deutschnationalen haben den Wählern vorgetäuscht, daß eine Außenpolitik unter Ablehnung des Sachverständigengutachtens möglich sei. Nun kommen sie von dieser Lüge nicht los und sind deshalb auch nicht bereit, an den Gesetzen mitzuarbeiten, die zwar gewiß Schweres bringen, aber durchgeführt werden müssen, wenn Deutschland leben soll.

Seit die Sozialisten in England die Regierung führen und in Frankreich ein bürgerlich-radikales Kabinett im Einverständnis mit den Sozialisten das Steuer lenkt, ist eine Gelegenheit zur Befriedung Europas gegeben, wie sie seit dem Ende des Krieges noch nicht da war.

Deshalb verlangt unsere Partei von der deutschen Regierung eine Politik, die es unseren englischen und französischen Freunden ermöglicht, die hohen Ziele zu erreichen, die sie sich zum Wohl der schwer leidenden Menschheit gesteckt haben.

Die schleunige Durchführung der zur Auswirkung des Sachverständigengutachtens notwendigen Gesetze ist aber vor allem nötig, weil sonst den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Zeit des Elends droht, die alles in der Vergangenheit Erlebte in den Schatten stellen würde. Die Ablehnung des Gutachtens hätte eine neue Inflation zur Folge, die in ihren Wirkungen noch schrecklicher würde als die von 1923. Ohne Annahme des Gutachtens wird die herrschende Kreditnot nicht behoben werden. Von neuem würden Hunderttausende und aber Hunderttausende der Kurzarbeit und der völligen Erwerbslosigkeit überantwortet. **Die Sozialdemokratische Partei wird darum nötigenfalls den Volksentscheid über die Annahme des Gutachtens** herbeiführen.

Wenn die Kommunistische Partei gegen die Annahme tobt, wie es ihr aus Moskau befohlen ist, so treibt sie damit eine Politik, die nur den Rechtsradikalen helfen würde, wenn sie Erfolg hätte. Den Kommunisten ist die Not des deutschen Proletariats ganz gleichgültig. Darum sind wir gezwungen, ihre wirren Reden und rohen Methoden mit aller Schärfe zu bekämpfen. Die Herbeiführung chaotischer Zustände kann den breiten Massen nur Unheil bringen. Wir aber wollen die Bahn frei machen für stetigen Fortschritt in der Richtung zu unseren sozialistischen Zielen.

Mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sind wir einig in dem Willen, durch parlamentarische und gewerkschaftliche Arbeit in jedem einzelnen Lande und durch internationale Vereinbarungen einen wirksamen Schutz der Arbeit zu sichern, vor allem den Achtstundentag zu verteidigen und ihn wieder zu erobern, wo er verloren gegangen ist.

Die Stunde ist der Zusammenarbeit aller demokratischen und sozialistisch denkenden Elemente in Europa günstig. Wenn der deutsche Reichstag unter dem Einfluß skrupelloser nationalistischer Agitationspolitiker nicht die Kraft aufbringt, die Gesetze zu verabschieden, die zum Nutzen des Volkes schleunigst erledigt werden müssen, **so wird noch in diesem Sommer ein neuer Appell an das Volk ergehen. Der Wahlkampf wird dann plötzlich einsetzen und nur wenige Wochen dauern.** Wir müssen für diesen Fall bereit sein.

In der demokratischen Republik ist das Volk selbst seines Glückes Schmied. Es geht um die Zukunft ganz Europas, um das Schicksal des kommenden Geschlechts. Wer will, daß Kinder und Enkel frei atmen und froh leben können, muß sich den Frauen und Männern anschließen, deren Treue zu unserer Partei kein Sturm erschüttern konnte.

Für die Befreiung vom Joch der Kapitalherrschaft, für Freiheit und gleiches Recht, für den Frieden der Welt — **vorwärts zu neuen Kämpfen!**

Berlin, 24. Juni 1924.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bartels. Ad. Braun. Crispien. Dittmann. Fischer. Frank. Hildenbrand. Hilferding. Juchacz. Ludwig. Molkenbuhr. Moses. Müller. Nemitz. Ryneck. Schulz. Stahl. Stelling. Wels.

Justizbankrott.

Von Paul Levi.

Das Deutsche Reich hat, auch nach dem Zusammenbruch, die die Mittel gehabt für manchen teuren Sport. Es konnte Reichswehr und Schupo neu kostümieren, daß vom alten Adam nichts mehr blieb als der Nabel. Es hat sämtliche Güterwagen neu angestrichen und mit der neuen Firma versehen. Es hat unzählige neue Aemter, hat neue Ministerien geschaffen und dafür gesorgt, daß kein Minister sich auf dem abgetretenen Berliner Pflaster die Hackenkrumm laufen muß. Sie haben alle ein Auto. Es konnte sich auch, für präpter propter zehn Goldmilliarden den glorreichen Ruhrkrieg leisten. Und nur ein einziges Mal fand die deutsche Republik den sittlichen Halt zur Sparsamkeit: als die oberste deutsche Justizbehörde die Antwort fand auf jene Anklage, die das Gumbelsche Buch „Vier Jahre Mord“ wider sie erhoben hatte. Wo so vieles publiziert wird: Heimatdienstlügen und Propagandaschriften und nummerierte Schandtaten der Franzosen am Rhein, ward entschieden, daß diese Denkschrift unveröffentlicht sollte bleiben, im Reichstagsarchiv, um sie dem so sicheren Vergessen zu entreißen. Die **„Denkschrift des Reichsjustizministeriums über „Vier Jahre Mord“** ist erschienen*) und kann gelesen werden: nüchtern, trocken, aktenmäßig, erschütternd.

Man soll nun nicht etwa glauben, daß in dieser kalten Aneinanderreihung von Aktenstücken und Aktenauszügen je einmal gesagt wurde, daß es erlaubt sei, Proleten totzuschlagen oder daß ein Mord von rechts gegen links kein Mord sei, sondern eine vaterländische Tat. O nein! So etwas zu sagen, läßt das jährlich vom Justizminister gepriesene Pflichtgefühl der deutschen Richter nicht zu; das würde widersprechen dem „hohen Sinn für Gerechtigkeit“, das unser Richtertum „durch die Stürme unserer Zeit hindurch“ gerettet hat. O nein. Wo eine Missetat geschieht, da schreitet die Justiz ein und sie ist auch an den Früchten zu erkennen.

Es gibt verschiedene Methoden, alle diese Fälle zu einem der deutschen Justiz würdigen Ende zu bringen. Da ist zunächst die militärische Methode, nach der u. a. der Matrosenmord in der Französischen Straße und noch ein paar andere Morde zu einem Ende gebracht worden sind, das das Reichsjustizministerium befriedigt. Da werden in der Französischen Straße dreißig Matrosen an die Wand gestellt und mit Maschinengewehr erschossen. Den Befehl erteilt ein Offizier. Irgendeine Veranlassung zu diesem Befehl — wenn es überhaupt eine geben könnte — haben die Matrosen nicht gegeben. Der Offizier wird vor Gericht gestellt. Er erklärt: er habe so gehandelt auf Grund eines Befehls, der ihm von seinem Vorgesetzten durch einen Mittelsmann überbracht worden sei. Nicht er, sondern der Vorgesetzte trage die Verantwortung. Der Vorgesetzte seinerseits erklärt, nicht diesen Befehl, sondern einen anderen Befehl habe er gegeben. Das genügt. Urteil des Gerichts: Freisprechung. Gegen den untergebenen Offizier, denn er habe gehandelt auf Grund eines Befehles, der zwar anders gelautet habe, den aber er, der Angeklagte, wie ihm nicht zu widerlegen sei, aufgefaßt habe als einen Befehl zur Erschießung. Gegen den Vorgesetzten Freisprechung: denn er hat ja den Befehl nicht gegeben, ist ja falsch ausgelegt worden. Es war alles nur ein unglückseliges Mißverständnis, bis auf die paar Dutzend Leichen, die unmißverstanden auf den Kirchhof kommen. Und die weitere Frage, ob überhaupt ein Offizier, wenn ihm der Befehl auf Erschießung Unschuldiger erteilt werde, ihn ausführen dürfe, ob nicht auch die Ausführung eines solchen Befehles Mord sei? Ach, die Antwort auf diese Frage, die liegt, wie Vater Briest zu sagen pflegte, „in weitem Felde“. Die Untersuchung dieser Frage hat man unterlassen; das hätte am Ende gar zu einer Verurteilung führen können. Und so hat man die Akten geschlossen und dahinter geschrieben: Von Rechts wegen. Das ist die militärische Erledigung.

Die andere ist die kriminalistische Erledigung. Ein paar Dutzend Proleten sind einstens totgeschlagen oder totgeschossen worden. Die es taten, waren entweder reguläre Verbände oder irgendwelche Freikorps oder sonstige Organisationen, nach Namen und Nummer genau bekannt. Nur die Täter sind nicht zu ermitteln. Wir haben keines von den Aktenstücken gesehen; wir können uns nur denken, wie sie aussehen. Unförmig dick. Da sind Anfragen drin an ungefähr sämtliche Polizeibehörden und Einwohnermeldeämter Deutschlands und des umliegenden Europas. Und keine brachte die erwünschte Auskunft. Und so wandern diese Akten von Behörde zu Behörde, von Amt zu Amt, von Register zu Register und werden immer dicker und werden immer schwerer bis bald die zu erwartende Antwort das Porto nicht mehr lohnt. Dann wird die Aktenwanderung eingestellt werden. Der Täter war nicht mehr zu ermitteln. Punkt und Streusand.

Nur in einigen wenigen Fällen ist durch ein technisches Versehen der Täter bekannt geworden. Versteht sich, daß er dann nicht zu finden und daß dann dieselbe Aktenwanderung beginnt, nur mit einer anderen Frage. Statt: wer der Täter sei, wird gefragt, wo der Täter sei: das Resultat bleibt dasselbe: es ist — die kriminalistische Erledigung.

Und dann die juristische Erledigung. Das sind die Fälle, in denen der juristisch geschärfte Verstand das seine tut, um die Sache zu einem würdigen Ende zu bringen. Wir wollen aus der Schaar dieser Fälle zwei hervorheben. Es sind zwei bayrische. Der eine betrifft den General Haas. Der württembergische General Haas war Befehlshaber einer Truppenabteilung, die gegen

*) Herausgegeben von E. J. Gumbel. Der Malik-Verlag, Berlin W. 9.

Matteottis Opfertod.

Das italienische Volk erwacht.

Rom, 25. Juni.

Der Beschluß des Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes, am Freitag zu Ehren Matteottis eine allgemeine Arbeitspause von 10 Minuten einzuhalten, stößt bei der italienischen Regierung auf keinen Widerstand. Auch der Verband der italienischen Industriellen stimmte dieser Trauerkundgebung zu.

*

SPD. Die unerwartete, schwere innenpolitische Krise, in die Italien durch den faschistischen Mord an dem sozialistischen Abgeordneten Matteotti gestürzt worden ist, hat alle politischen Kreise des italienischen Volkes tief aufgewühlt und die Regierung selbst merklich erschüttert. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Reform des Kabinetts Mussolinis, die nun kommen muß, den Faschisten nur eine beschränkte Anzahl von Portefeuilles überläßt.

Die große entscheidende Aussprache, die am Dienstag vor dem beinahe vollzählig versammelten Senat nötig wurde, läßt die Tiefe der Wirkungen des Matteotti-Attentats auf die faschistische Partei und auf die Regierung erkennen.

Mussolini mußte gestehen, daß sich in der faschistischen Partei eine sehr erhebliche Anzahl von rücksichtslosen und vor keinem Verbrechen zurückscheuenden Elementen eingeschlichen hat.

Er versprach deshalb eine Generalsäuberung, deren Ausgang abzuwarten bleibt. Sie ist nicht zuletzt auf die Feindschaft gegen das faschistische Gewaltregiment zurückzuführen, die sich in diesen Tagen in allen Ländern Europas geäußert und ihren Abscheu gegen die Moralität des faschistischen Regiments ausgesprochen hat. Dieser Zustand bereitet der italienischen Regierung besonders ernste Sorgen, weil sich darin eine verhängnisvolle **moralische Isolierung Italiens** widerspiegelt. Nicht uninteressant ist übrigens, daß **Mussolini zur Beschönigung der italienischen Zustände deutlich auf Deutschland anspielte, wo in der letzten Zeit dokumentarisch 400 politische Verbrechen, darunter einige besonders tragische nachgewiesen worden seien.** In der Tat sind die deutschen Rechtsputschisten nur die vergröberte und mit verächtlicher Gesinnung durchgesetzte Nachahmung des italienischen Faschismus.

Mussolini hat vor dem Senat erklärt, daß er nicht entfernt daran denke, die Waffen zu strecken und die Zügel der Regierung aus der Hand zu geben. Er mußte aber zugestehen, daß die Skandalwirtschaft der unter Duldung der Regierung durch die Presse und durch Reden ermutigten Faschisten nicht weiter andauern könne. Er selbst hat Reformen, die in Italien wieder die Zustände eines Rechtsstaates schaffen sollen, angekündigt und zwar: 1. die parlamentarischen Einrichtungen sollen ordnungsmäßig, entsprechend ihrer hohen Aufgabe als Organe der gesetzgebenden Kraft arbeiten, indem die Befugnisse und das Prestige der Kammer wieder hergestellt werden; 2. Regelung der Lage der Nationalmiliz nach der verfassungsmäßigen Seite; 3. Unterdrückung der Ungesetzmäßigkeiten, wie sie noch als Anhängsel zu der faschistischen Partei weiterleben; 4. Aufruf aller Kräfte zur Arbeit am Wiederaufbau, d. h. aller jener Elemente, die den Begriff des Vaterlandes nicht verneinen.

So hat Matteotti, was er in seinem rücksichtslosen mutigen Kampf für die Wiederaufrichtung der Gesetzmäßigkeit in Italien bei Lebzeiten nicht erreichen konnte, doch durch seinen Tod das Ziel seiner letzten energischen politischen Tätigkeit erwirkt.

Die Zustimmung zur Militärkontrolle gesichert.

Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtb.)

Gestern fand eine Sitzung der Reichsregierung statt, in der die von Herriot und Macdonald an Deutschland gerichtete Note über die Schlußkontrolle der deutschen Rüstungen beraten wurde. Eine Abstimmung wurde noch nicht vorgenommen; doch wird in der Regierung nahestehenden Kreisen erklärt, daß die Annahme der französisch-englischen Forderungen gewährleistet sei. Heute nachmittag erfolgt die endgültige Beschlußfassung. Wahrscheinlich wird die zustimmende Antwortnote noch heute abend abgesandt werden.

München „eingesetzt" wurde. Er erließ einen Tagesbefehl, die Feldgerichte einzurichten, die sofort vollstreckbare Todesurteile erlassen sollten. Auf Grund des „Spruchs" solcher Feldgerichte sind etwa 150 Menschen erschossen worden, allein 52 Russen in einer Kiesgrube. Der gerichtliche Beschluß sagt: „Das Feldgericht hatte in den bestehenden Gesetzen keine Grundlage . . . Bei der Beurteilung der Frage, ob Generalmajor Haas und seine Berater bei Erlaß des Befehles schuldhaft gehandelt haben, müssen aber die ganzen damaligen Verhältnisse berücksichtigt werden . . ." Und dann kommt die Entschuldigung: der Haas „konnte nicht wissen", daß er ein Mörder sei. Der erste Mörder in Deutschland, der frei herumlaufen darf auf Grund der Behauptung, daß er das Morden für erlaubt gehalten habe. Freilich ist der Haas kein gewöhnlicher Mörder. Er ist ein Generalmajor und hat im Namen der Ordnung gemordet. Und darum sei sein Name gepriesen und sein Mord geheiligt.

Der andere Fall aber, der der Justiz rächendes Schwert schwang, ist der Fall Landauer. Am Morgen des zweiten Mai 1919 wird er im Gefängnis zu Stadelheim eingeliefert. Er wird schwer beschimpft und selbst schon geschlagen, doch scheint er eben das Tor durchschreiten zu sollen, das ihn von den wilden Soldatenhorden, den „Ordnungsstiftern" trennen und in Sicherheit bringen soll, als ein Offizier von rückwärts nachkam und dem Zug zurief: „Halt, der Landauer wird sofort erschossen." Versteht sich: der Offizier war nicht zu ermitteln. Und der amtliche Bericht der bayrischen Regierung fährt dann fort:

„Um die gleiche Zeit erschien der durch seine Kleidung (Sportanzug) auffallende Gutsbesitzer und Major a. D. Freiherr v. Gagern, der sich als Führer einer freiwilligen Patrouille an dem Unternehmen gegen München beteiligt hatte. Er fragte Landauer, wer er sei und schlug ihm, als dieser seinen Namen nannte, mit der Reitpeitsche unter gleichzeitigen Beschimpfungen. **Dies war das Zeichen für eine allgemeine Mißhandlung** des Landauer, in deren Verlauf . . . ." dann Landauer von einem Unbekannten — versteht sich — erschossen wurde. Einen Schuß gab der Ulan Digele ab und er stahl auch des toten Landauer Uhr.

Und dann schritt die Justiz rächend ein. Erst gegen Digele. Das Gericht „sprach ihn von der Anklage des Totschlags frei, verurteilte ihn aber wegen eines Vergehens der gefährlichen Körperverletzung, eines Vergehens der Hehlerei zur Gesamtgefängnisstrafe von fünf Wochen." Soweit Digele.

Und dann der Freiherr v. Gagern, ein deutscher Edelmann. Der hatte mit seiner Reitpeitsche das Zeichen gegeben.

„Gegen Freiherrn von Gagern wurde durch Strafbefehl des Amtsgerichts München vom 13. September 1919 wegen der an Landauer begangenen Mißhandlung eine Geldstrafe von 500 Mark festgesetzt."

Fünfhundert Mark. Das waren, wenn er sie gleich bezahlt hat, 90 Goldmark. Wenn er einige Zeit gewartet hat, entsprechend weniger. Hier erinnern wir uns aus unserer Gerichtspraxis eines Falles: ein Bauernbursch hatte nachts um elf Uhr auf der Dorfstraße im Suff den Nachtwächter angepitzt. Für diesen Rückfall ins Hundeleben bekam der Bauernlümmel sechs Wochen Haft und er hat sie abgesessen. Der deutsche Edelmann zahlt 500 Papiermark: wenn er mit einer Hure schlafen geht, kostet's ihm mehr als sein Lumpenstreich gegen Landauer.

Deutsche Justiz!

Und dieses schauerliche Buch konnte erscheinen, und eigentlich keiner hat davon Notiz genommen. Keine bürgerliche Zeitung, kein demokratisches, kein „christliches" Organ. Ein Buch, das in jedem anderen Lande die Revolution bedeuten würde, ein Schandmal, das kein anderes Land, kein Niggerstaat auf sich sitzen lassen würde; die Deutschen nehmen es hin; es ist das Buch von der deutschen Ordnung!

Fürwahr: sie sind einander wert: diese Justiz und die Klasse, zu deren Schutz sie „das Recht spricht"!!

Der Reichstag gegen die Besoldungsregelung.

SPD. Die Mittwochsitzung des Reichstages gehörte den Beamten. Alle Parteien wandten sich in zahlreichen Anträgen gegen die am 16. Mai durch die Reichsregierung auf dem Verordnungswege vorgenommene Besoldungsregelung. Nach schwierigen Verhandlungen, die zeitweise fast zu einer Ministerkrise im Reichsfinanzministerium führten, wurde **im Hauptausschuß beschlossen, die 71½ Goldmillionen, die von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt wurden, lediglich zur Erhöhung der Grundgehälter der Beamtengruppen 1—6 zu verwenden;** außerdem noch allgemein für alle Beamtengruppen Erhöhungen der Frauen- und Kinderzulagen vorzunehmen und im übrigen alle sonstigen zur Besoldungsneuregelung gestellten Anträge für erledigt zu erklären. In der langen Aussprache im Plenum wurden viele beamtenfreundliche Reden gehalten. Für die Sozialdemokratie sagte Genosse Steinkopf, daß die Entrüstung der unteren Beamten voll berechtigt sei. Er widerlegte die künstlichen Berechnungen des Reichsfinanzministeriums, die beweisen sollen, daß die unteren Beamtenschichten jetzt über ihr Vorkriegsgehalt gekommen sein sollen. Das Gegenteil sei richtig. Schon in Friedenszeiten seien die Gehälter der unteren und mittleren Beamten zu knapp gewesen. Unter sozialdemokratischem Einfluß sei nach der Revolution eine Angleichung zwischen den Gehältern unten und oben erreicht worden, aber später hätten die bürgerlichen Parteien diese Spannung wieder ruckweise auseinandergerissen. Die Stabilisierung der deutschen Währung sei vorwiegend durch den Hunger der Arbeiter, Angestellten und Beamten erreicht worden. Sehr scharf wandte sich Steinkopf gegen die Reichsregierung, die mit dieser Besoldungsregelung ihre Befugnisse weit überschritten habe. Um das für die Zukunft zu verhindern, bringe die **sozialdemokratische Fraktion einen Antrag ein, der der Reichsregierung die Ermächtigung zur selbständigen Regelung der Beamtengehälter entziehen soll.** Ebenso entschieden polemisiert Steinkopf gegen **eine Eingabe der höheren Beamten, die auch die jetzigen Gehälter der Oberbeamten noch als zu niedrig bezeichnet.** Zunächst müsse einmal den unteren und mittleren Beamten das Nötigste gegeben werden. Wenn man noch Leistung bezahle, könne die jetzige Spannung nicht aufrechterhalten werden. Unser Redner begründete ferner einen Antrag, den weiteren Personalabbau sofort und so lange einzustellen, bis der Reichstag ein ordnungsmäßiges Gesetz über den Personalabbau verabschiedet habe.

Der kommunistische Redner Eichhorn griff die sozialdemokratische Fraktion an, weil sie nach seiner Auffassung den oberen Beamten noch immer zu viel gebe. Die Kommunisten haben beantragt, die Gehaltsgruppen 1—7 und die Gehaltsgruppen über 13 vollständig zu beseitigen. Sie haben ferner einen Antrag eingebracht, daß die Regierung statt der 71½ Millionen Mark 800 Millionen Mark für die Erhöhung der Beamtenbesoldung zur Verfügung stellen soll. So könnte man natürlich ebenso gut 8000 Millionen Goldmark für die Beamtenbesoldungserhöhung fordern, wenn man nicht gleichzeitig berücksichtigt, daß die Beamtengehälter schließlich doch von den Massen des Volkes, vorwiegend auch von den Arbeitern, aufgebracht werden müssen. Uebrigens haben die Kommunisten ein sehr kurzes Gedächtnis. Dieselbe kommunistische Partei, die jetzt die Gruppen I—VII und die Einzelgehälter vollkommen beseitigen will, hat noch am 12. Juni 1923 im Reichstag einen Antrag eingebracht, der **alle bisherigen Besoldungsgruppen aufrechterhielt und der Gruppe XIII ein fünffach höheres Gehalt als der Gruppe I und der Gruppe B 7 ein zwölffach höheres Gehalt als der Gruppe I zusprechen wollte.** Die Kommunisten wissen also recht genau, daß ihr jetziger Antrag undurchführbar ist, sie stellen ihn ins Blaue hinein und schädigen damit nur die sozialdemokratische Arbeit auf Besserstellung der unteren Beamtenschichten. Die Abstimmung über sämtliche Anträge wurde auf Donnerstag vertagt.

*

Berlin, 25. Juni.

SPD. Auf der Tagesordnung stehen **31 Anträge und Interpellationen über die Dienstverhältnisse und die Besoldung der Beamten.** Das Haus beschließt, daß von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll und die Redezeit auf eine halbe Stunde begrenzt wird.

Abg. Morath (DVpt.) berichtet über die Verhandlungen des Hauptausschusses. Alle Parteien haben die Notwendigkeit betont, die Bezüge der Beamten in den Gruppen I—VI aufzubessern. Die Regierung verschloß sich diesen Forderungen nicht, hielt es aber für gefährlich, eine Regelung vorzunehmen, die zu einer allgemeinen Lohnbewegung führen könnte. **Der Ausschuß beantragt, die zur Verfügung stehende Summe von 71½ Millionen ausschließlich zur Erhöhung der Grundgehälter für die Gruppen I—VI zu verwenden.** Außerdem soll für alle Beamtengruppen eine Erhöhung der Kinder- und Frauenzulagen vorgenommen werden.

Abg. Schmidt-Stettin (DN.) erklärt sich mit dem Ausschußantrag einverstanden und fordert Wiedereinstellung der Wartegeldempfänger, weitere Entlassung von Angestellten, sowie eine gründliche Reform des Pensionswesens.

Abg. Steinkopf (Soz.):

Die Beamtenschaft hat den neuen Reichstag mitgewählt; ich wünschte, daß sie nicht enttäuscht wird von seinen Beschlüssen in Beamtenfragen. Die Beamtenschaft ist mit dem jetzigen unsozialen Besoldungsrahmen höchst unzufrieden, darüber entrüstet. Beim Besoldungsgesetz von 1920 sagte die Regierung, daß **die Spannung in den Vorkriegsgehältern** zu groß geworden sei, und man änderte sie auf 1 : 2,8 und später auf 1 : 3,7. Die Regierung hat damals anerkannt, daß diese Spannung sozial sei, aber jetzt will man sie wieder auseinanderziehen. In der allerkritischsten Zeit kündigte die Regierung das Abkommen mit den Beamten, und

tatsächlich ist die Stabilisierung der Mark durch die Beamtenschaft, die Arbeiter und die Angestellten hochgehungert worden.

Gerade die untersten Gruppen haben am meisten darunter gelitten, es wurde aber alles geduldig hingenommen, weil man hoffte, daß die Regierung bei Besserung der Finanzlage alles aufbieten würde, um auch den unteren Gruppen zu geben, was zum Leben notwendig sei. Aber im Dezember vorigen Jahres wurden Gehaltssätze gegeben, die zum Verhungern zu viel und zum Leben zu wenig waren. Auch die geringe Erhöhung zu Anfang dieses Jahres gab zu wenig. Die Regierung versprach nach den Wahlen die Erhöhung, aber die Ermächtigung, die die Regierung bekam, um nach der Auflösung des Reichstages eine Erhöhung vornehmen zu können, ist in einen so krassen Mißbrauch verwandelt worden, wie ihn der Reichstag niemals mitgemacht hätte. (Sehr richtig! links.) Nun will die Regierung diesen Mißbrauch stabilisieren, die unsoziale Besoldungsordnung befestigen und den unteren Gruppen nicht geben, was notwendig ist. Und das geschieht im denkbar ungünstigsten Augenblick. Die Regierung sagt, sie nehme jetzt die Anpassung an die Vorkriegsgehälter vor. Die Regierung hatte die Ermächtigung, die Gehälter gleichmäßig zu erhöhen, aber nicht so einschneidende Maßnahmen vorzunehmen, wie die Anpassung an die Vorkriegsgehälter. Das hätte sie dem Reichstag überlassen müssen. Die neue Besoldungsordnung war noch vor der großen Inflation aufgestellt, als die Verhältnisse noch der Vorkriegszeit ähnlich waren. Wir haben damals Grundsätze für die Besoldung aufgestellt, und jetzt hat die Regierung diese Grundsätze aufgegeben. Aus welchen Gründen? Der Finanzminister erklärt, daß der Modus, die Grundgehälter prozentual zu erhöhen, sich nicht bewährt habe. Die Beamtenschaft hätte es wohl verstanden, wenn gleichmäßig unten wie oben ein gewisser Prozentsatz zugelegt worden wäre, aber sie versteht nicht, daß unten nur 17 %, oben dagegen um 71 % erhöht wird.

Die Anpassung an die Vorkriegsgehälter ist eine Irreführung allerschlimmster Art",

denn vor dem Kriege gab es keine Sozialzulage, die für alle gleich bewilligt worden sind. Dazu kommt, daß die Gehälter in den unteren Gruppen schon vor dem Kriege miserabel waren. Der Vergleich mit der Vorkriegszeit wird nur herausgestellt, um zu verschleiern, was die Regierung will. Es kommt jetzt darauf an, daß den Beamten der unteren und mittleren Gruppen das gegeben wird, was sie brauchen. Die Regierung hat keine Bedenken getragen, oben Tausende zuzulegen, aber unten minimale Beträge. Die unteren Beamten neiden den oberen nicht die höheren Gehälter, aber sie wollen eine gleiche und gerechte Behandlung, sie wollen nicht Stiefkinder sein, sondern ebenso behandelt werden wie die oberen Beamten. Die Kräfte, die sich die Industrie aus der Beamtenschaft herausziehen will, halten wir mit noch so hohen Gehältern doch nicht, da die Industrie Gehälter bietet, wie sie kein Staat zahlen kann. Die Behandlung der unteren und mittleren Beamtengruppen ist empörend gewesen. Die verlängerte Arbeitszeit von neun Stunden wird von den unteren und mittleren Beamten pünktlich verlangt, während die höhere Beamtenschaft sich nicht daran hält. **Unerhört war die Kürzung des Urlaubs.** Vor der Neuregelung wie sie die jetzige Vorlage vorsieht, hätte die Regierung sich noch einmal mit den Beamtengewerkschaften in Verbindung setzen sollen. Die Vorlage ist außerordentlich dürftig. Gegen die Erhöhung der sozialen Zulagen hat die Sozialdemokratie nichts, aber die Hauptsache ist und bleibt doch das Grundgehalt.

Wir bestehen nach wie vor auf unserem im Plenum vorgelegten Antrag, wonach der Regierung die Ermächtigung entzogen werden muß und dann der Reichstag die Beratungen vornehmen muß.

Von einem Preisabbau ist in den lebenswichtigen Artikeln noch nichts zu merken. Die Besoldung darf nicht von der Zahl der Beamten abhängig gemacht werden, wie es der Reichsfinanzminister im Ausschuß getan hat. Die Gerechtigkeit muß obsiegen: die Spannung zwischen den oberen und den mittleren und unteren Gruppen muß beseitigt werden. Bei der Eisenbahn ist nicht objektiv, sondern nach politischen Gesichtspunkten abgebaut worden. Die Hauptsache ist jetzt, daß man mit dem Abbau nun endlich Schluß macht. Der Redner verliest zum Schluß folgenden Antrag seiner Fraktion: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die weitere Durchführung der Personalabbauverordnung sofort und solange auszusetzen, bis der Gesetzentwurf über eine zweite Aenderung der Personalabbauverordnung dem Reichstag vorgelegt ist." Nur dann kann eine Beruhigung in der Beamtenschaft eintreten, die dann wieder freudig an dem Aufbau des Vaterlandes mitarbeiten wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Eichhorn (Komm.) begründet einen Antrag, daß statt 71½ Goldmillionen 800 Goldmillionen für die Aufbesserung der Beamtengehälter zur Verfügung gestellt werden sollen und daß die Erhöhung der sozialen Zulagen nur für die Gruppen I—IX gelten soll. Die große Spannung zwischen den Gehältern der höheren und unteren Beamten sei höchst ungerecht. Der ganze Beamtenabbau sei auf Kosten der Arbeiter und der unteren und mittleren Beamten durchgeführt worden.

Abg. Morath (Dvp.): Es war auf die Dauer nicht erträglich, wenn das Lebenseinkommen des höheren Beamten niedriger war als das des mittleren. Die Art aber, wie man die Gehälter der unteren und mittleren Beamten geregelt hat, läßt sehr viel zu wünschen übrig.

Abg. Rahl (Nat.-Soz.): Die Personalabbauverordnung ist die schlimmste Verletzung aller Grundrechte der Beamten. Die jetzige Beamtenbesoldungsregelung ist ganz unzulänglich. Der höhere Beamte bekommt nicht zu viel, aber der untere weitaus zu wenig.

Abg. Dauer (Bayr. Vpt.): Die Besoldungsordnung des Finanzministeriums ist unsozial und ungerecht. Die Beamten des besetzten Gebietes behandelt man schlechter als die übrigen.

Abg. Brodauf (Dem.): Der Personalabbau muß jetzt zum Abschluß kommen und die Ungleichheit zwischen den Beamten des Reiches und der Länder beim Erholungsurlaub muß beseitigt werden.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung an.)

Der Kampf um den Achtstundentag.

Die Verhandlungen in Genf: Frankreich für den Achtstundentag, Deutschland an der Spitze der Reaktion

Genf, 25. Juni.

Die Vollsitzungen des Internationalen Arbeitsamtes am Dienstag und Mittwoch steigerten sich zu einer politisch sehr bedeutungsvollen Kundgebung für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Die Genossen Merten, Jouhaux und Poulton erhoben namens der organisierten Arbeiter ihrer Länder die Forderung, daß die Reparationszahlungen nicht allein auf Kosten der deutschen Arbeiter geleistet werden dürften. Ferner führten sie Protest gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland, die unter dem Vorwande, mit ihrem Ergebnisse Reparationen zu leisten, nur dazu diene, den Unternehmern ein Privileg gegen die deutschen Arbeiter zu verschaffen. Außerdem aber werde die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland zu einem Vorwand für die Kapitalisten der anderen Länder, auch ihrerseits den Neun- und Zehnstundentag zu verlangen. Der französische Arbeitsminister Godard erklärte, daß seine Regierung das Washingtoner Abkommen ratifizieren werde, wenn die anderen Industrieländer Europas es ebenfalls verabschieden. Der deutsche Regierungsvertreter Leymann gab eine höchst gewundene Erklärung ab, die darauf hinauslief, die deutsche Regierung sei bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtstundentages zurzeit infolge der wirtschaftlichen Krise nicht in der Lage sei, auf eine verlängerte Arbeitszeit zu verzichten. Dann gab **der Vertreter der deutschen Arbeitnehmer Genosse Müller** eine Erklärung ab, daß **die deutschen Arbeiter unbedingt am Achtstundentag festhalten.**

Die Ausnutzung der augenblicklichen Notlage durch die deutschen Unternehmer werde die Arbeiter nicht daran hindern, den Achtstundentag zurückzuerobern.

Die Sozialpolitik der deutschen Republik habe durch die Inflation einen schweren Rückschlag erlitten, aber auch die außenpolitischen Schwierigkeiten, wie die Ruhrbesetzung, hätten der deutschen Demokratie schweren Schaden getan und die Arbeiterschaft dem Radikalismus von links und rechts in die Arme getrieben. Man hoffe aber, daß jetzt auch im Auslande ein grundsätzlicher Wandel zu einer Politik der Verständigung sich vollziehen werde. Der deutsche Arbeiter billige das Sachverständigengutachten als Grundlage für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands; er wende sich aber dagegen, daß die deutschen Unternehmer ihm zumuten die Reparationslasten durch Mehrarbeit abzutragen. Ebenso lehnten die deutschen Arbeiter den Plan einer eventuellen Wirtschaftskontrolle in Deutschland ab, es sei denn, daß diese Kontrolle in allen Ländern ausgeübt werde. Wenn bei den Reparationen Rücksicht genommen werde auf die deutschen Arbeiter so würden damit zugleich die Arbeiter aller Länder gestützt. **Herr Vogel vom Deutschen Industriellen-Verband erklärte dann unter allgemeiner Bewegung, daß die Mehrarbeit zur Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft unbedingt notwendig sei.**

Irgendwelche Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz über den Achtstundentag hätten keinerlei Bedeutung für die deutsche Industrie, die sich volle Freiheit vorbehalten müßte, so zu handeln, wie es ihr als richtig erschiene.

Genosse Müller verzichtete in einer persönlichen Bemerkung darauf, **innerdeutsche Angelegenheiten vor dieses Forum zu bringen** wie es Herr Vogel getan habe.

Erklärungen des französischen Arbeitsministers

Genf, 24. Juni.

Bei einem Pressempfang gab heute vormittag der französische Arbeitsminister Justin Godard den deutschen Journalisten eine Erklärung über die Frage des Achtstundentages und die Ratifikation der Washingtoner Konvention ab, die er als „Mitteilung und Aufruf an die deutsche Demokratie" bezeichnete.

„Wir haben in Frankreich," erklärte Godard, „trotzdem uns die schwere Aufgabe des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete obliegt, den Achtstundentag gesetzlich durchgeführt. Als Vertreter der französischen Demokratie wenden wir uns jetzt an die deutsche Demokratie, um ihr Mut zur Verteidigung des Achtstundentages in Deutschland zu geben. Wir in Frankreich werden uns auf den Weg der Ratifikation der Washingtoner Konvention begeben, denn die Ratifikation der Achtstundenkonvention wird bei uns tatsächlich nichts ändern. Wir erwarten aber von der deutschen Demokratie, daß, wenn sich die französische Demokratie Opfer auferlegt, sie ebenfalls dazu bereit sein wird. Das Argument der Notwendigkeit **der Reparationsleistungen** seitens Deutschlands kann **nicht gegen den Achtstundentag** angeführt werden, der lediglich eine Frage des sozialen Fortschrittes ist.

„Ich bin überzeugt davon," erklärte Godard, **„daß es eine Ungerechtigkeit wäre, die Reparationen teilweise mit einem Rückschritt in den Arbeitsbedingungen bezahlen zu wollen."**

Auf die weitere Frage, ob also Frankreich die Ratifikation der **Washingtoner Konvention** von der Zurückziehung der deutschen Verordnung abhängig mache, die eine Verlängerung der Arbeitszeit zulassen, erwiderte Minister Godard, daß Frankreich bereits mit der Durchführung des Achtstundentages eine Tatsache geschaffen habe.

Auf die weitere Frage, wie er sich zu den Erklärungen des **französischen Arbeitgebervertreters Pinot** auf der vorletzten Tagung des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes stelle, wo Pinot selbst die Notwendigkeit einer längeren Arbeitsleistung in Deutschland zum Zwecke der Reparationszahlungen anerkannt hatte, erwiderte dieser, **das sei eben der Standpunkt eines französischen Arbeitgebers gewesen, und nicht derjenige der französischen Demokratie, die jetzt in Frankreich die Regierung stelle.**

Die Internationale der Volksbedrücker.

(Von unserem Kattowitzer Mitarbeiter.)

SPD. Kattowitz, 24. Juni.

Der Schiedsspruch des Obersten Rates, der Oberschlesien in zwei Teile gerissen hat, ist von ungeheuer folgenschwerer Bedeutung auch für die Industrie und damit natürlich auch für die Arbeiter in beiden Teilen geworden. Gewiß hat das Genfer Abkommen versucht, allen Unannehmlichkeiten vorzubeugen, die nach menschlicher Berechnung durch die Teilung entstehen konnten. Aber mit einem so **furchtbaren Niedergang der deutschen und polnischen Schwerindustrie**, wie er tatsächlich eingetreten ist, haben seine Verfasser natürlich auch nicht gerechnet. Jetzt ist das Unglück da. Die in beiden Ländern fast gleichzeitig erfolgte Stabilisierung der Valuta brachte eine solche Belastung der Wirtschaft mit sich, daß eine Krise fast unvermeidlich erscheint. Die deutschen Stinnesse haben ebenso wie die polnischen Weinmann und Bojel freilich ihre Werte beizeiten gesichert. Den augenblicklichen Tiefstand der Wirtschaft suchen sie dadurch zu überwinden, daß sie ihre Betriebe schließen, um an Lohn zu sparen und einen Druck auf die Regierungen auszuüben, der Industrie in irgend einer Weise beizuspringen.

Wie die deutschen Industriellen das besorgen, ist genügend bekannt. Jeder Arbeiter weiß, welchen unheilvollen Einfluß die Schwerindustrie in den letzten Monaten im Reichsarbeitsministerium erlangt hat. Kein Wunder, daß die polnischen Industriellen neidisch sind auf diese Erfolge und nun auch versuchen, ihre Regierung in Warschau entsprechend zu bearbeiten. Aber ein Wunder wäre es, wenn sie nicht einen Deutschen finden würden, der ihnen die vertrauliche Denkschrift ausarbeiten würde, die ihre Forderungen an die polnische Regierung begründen soll. Nun, sie haben ihn gefunden. Herr Geisenheimer, der bekannte Vertreter der oberschlesischen Schwerindustrie, hat sie geliefert.

Es ist bezeichnend, daß sich Geisenheimer bei seiner Beweisführung immer darauf beruft, daß die Arbeiter der Schwerindustrie Polnisch-Oberschlesiens weit besser gestellt sind als die Arbeiter des deutschen Teils. Das belegt der Mann mit Tabellen, die nachweisen, daß der deutsche Bergarbeiter etwa um dreißig Prozent geringer bezahlt wird, während **der polnische Hüttenarbeiter sogar 70 Prozent mehr verdient als sein deutscher Kollege.** Die Löhne im Dombrowaer Becken sind nach Geisenheimer noch niedriger. Sie betragen für den Bergarbeiter 37 Prozent weniger als die Löhne in Polnisch-Oberschlesien. Den Facharbeitern zahlt man, immer nach Geisenheimer, heute in Polnisch-Oberschlesien um 37 Prozent höhere Löhne als im Jahre 1913, während dieselben Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien etwa 12 Prozent weniger verdienen als vor dem Kriege. Bei den Akkordlöhnen rechnet Geisenheimer sogar für den polnischen Arbeiter mehr als 60 Proz. Mehrverdienst gegenüber dem deutschen Arbeiter heraus.

Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters in Deutsch-Oberschlesien ist natürlich nach Geisenheimer, der ja für die polnische Industrie schreibt, bedeutend größer als die seines polnischen Kollegen. Dort leistet man nur etwa 80 Proz. von dem, was in Deutsch-Oberschlesien gearbeitet wird. Dabei entschlüpft dem Herrn das Geständnis, **daß von den deutschen Arbeitern die Friedensleistung bereits erreicht ist.** Daß die Arbeitszeit in keinem Verhältnis zu den Löhnen steht, ist Herrn Geisenheimer selbstverständlich. Er verweist die polnische Regierung darauf, daß man in Deutsch-Oberschlesien schon die Vorkriegsarbeitszeit eingeführt hat.

Herr Geisenheimer verlangt also von der polnischen Regierung einen Abbau der Zölle für die Produkte der Schwerindustrie, eine Senkung der Löhne der Arbeiter und eine Verlängerung der Arbeitszeit, für die Hüttenindustrie gleich auf 12 Stunden. Die Denkschrift, in der er diese Forderungen begründet, stammt vom 28. April ds. Js., und es ist vielleicht kein Zufall, daß gleich darauf Stillegungen in unheimlichem Umfange erfolgten. Vielleicht wollte man damit einen Druck auf die Regierung in Warschau ausüben.

Der Vorgang ist lehrreich. Das Genfer Abkommen versucht, die Lebenshaltung des oberschlesischen Arbeiters beider Teile zu schützen. Die Praxis hat gezeigt, daß **ständig ein Teil der Arbeiter gegen den andern ausgespielt wird,** daß die Unternehmer es in beiden Teilen verstehen, einen Druck auf ihre Regierungen zugunsten der Industrie auszuüben. Man fordert Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen mit dem Hinweis, daß drüben der Arbeiter billiger oder länger arbeitet. Ist auf der einen Seite der Grenze die Forderung der Industriellen erfüllt, dann kommt die andere Seite natürlich mit noch weit verrückteren Ansprüchen. Fachleute, die sie begründen, finden sich schon. Siehe Geisenheimer.

Der Vorgang ist lehrreich für die Arbeiter. Er zeigt die innige Verbindung zwischen den Industriellen hüben und drüben. Die Leute wissen, was sie damit tun. Aber auch die Arbeiter sollten verständig sein und eine bessere Verbindung mit ihren Klassengenossen jenseits der Grenze haben. Der Kampf, der drüben ausgefochten wird, ist ihr Kampf und umgekehrt. Soviel Solidarität wie die Unternehmer müssen sie also auch schon aufbringen, zu ihrem eigenen Besten.

Ein Linksblock in Belgien?

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

SPD. Brüssel, 23. Juni.

Bei der beinahe grenzenlosen geistigen Abhängigkeit der öffentlichen Meinung Belgiens von Frankreich ist es eigentlich nicht verwunderlich, daß der Sieg des Linksblocks in Frankreich den Gedanken einer ähnlichen Entwicklung in Belgien aufkommen ließ. Es sind die Liberalen, die jetzt plötzlich die klerikale Gefahr entdeckt haben und zu ihrer Beschwörung ein Zusammengehen mit den Sozialisten predigen, während sie bisher teils aus sklavischer Nachahmung alles Französischen, teils aus ehrlicher reaktionärer Gesinnung im Bunde mit den Klerikalen die Arbeiterschaft bekämpften und in der äußeren Politik den poincaréschen Imperialismusschrankenlos mitmachten. Der frühere liberale Kriegsminister Deveze, der vor drei Jahren die Sozialisten wegen ihrer angeblich antimilitaristischen Propaganda aus der Regierung hinauskelte, um mit den Klerikalen allein weiterzuregieren, findet jetzt, daß nur ein Zusammengehen der Liberalen mit den Sozialisten Belgien vor dem Klerikalismus und vor viel schlimmerem retten kann.

Die sozialistische Partei steht diesen unerwarteten liberalen Anbiederungsversuchen kühl bis ans Herz gegenüber. Gewiß ist die klerikale Gefahr in Belgien nicht zu unterschätzen. Die Arbeiter haben nicht vergessen, daß die Katholische Partei volle dreißig Jahre bis zum Ausbruch des Krieges ununterbrochen die Alleinherrschaft im Staate hatte, und sie wissen auch, daß die Klerikalen diese Alleinherrschaft trotz des nach dem Waffenstillstand eroberten allgemeinen und gleichen Wahlrechts durch die Einführung des Frauenwahlrechts wieder zu gewinnen hoffen. Aber ein Block mit den Liberalen wäre wohl das untauglichste Mittel, diese klerikale Gefahr zu bannen. Zunächst waren die Liberalen, die sich in Belgien mehr und mehr zur eigentlichen Partei der sozialen Reaktion entwickelt haben, recht unsichere Bundesgenossen. Und dann wäre ein antiklerikaler Block wahrscheinlich das sicherste Mittel, um die bereits recht wackelig gewordene Einheit der Katholischen Partei wieder herzustellen.

Eigentlich müßten die Erfahrungen der Vergangenheit für die Liberalen ebenso wie für die Sozialisten eine Warnung sein. Schon einmal wurde ein liberal-sozialistischer Block versucht, um die klerikale Herrschaft zu brechen. Das war bei den Wahlen von 1912. Der Erfolg war aber der, daß ein großer Teil der liberalen Wähler aus Furcht vor dem Sozialismus dem Linksblock die Gefolgschaft versagte und für die Katholiken stimmte. Die Klerikalen behaupteten triumphierend die absolute Mehrheit in der Kammer und standen geeinigter da als je. Heute, wo die liberalen Wähler eine viel längere reaktionäre Schulung hinter sich haben, wäre das Ergebnis eines derartigen Versuches wahrscheinlich noch verhängnisvoller.

Die Liberalen haben allerdings die besten Gründe, der Zukunft für alle Fälle mit Schrecken entgegenzusehen, und es versteht sich, daß sie sich an jedem Strohhalm klammern möchten. Aber die Sozialisten haben von der Zukunft nichts zu fürchten, und sie werden sich wohl hüten, dem Klerikalismus durch die künstliche Schaffung einer Kulturkampfstimmung in die Hände zu arbeiten. Die klerikale Gefahr in Belgien wird nicht gebannt werden durch dauernde Vorenthaltung des Frauenstimmrechts oder durch einen antiklerikalen Block, sondern dadurch, daß man der innerhalb der Katholischen Partei bereits eingesetzten Entwicklung freien Lauf läßt und so einer Spaltung zwischen den konservativen und den demokratischen Elementen der Partei vorarbeitet. Ein Vergleich mit dem deutschen Zentrum, das ebenfalls seine Einheit und Schlagkraft behauptete, wäre ganz falsch, denn in Belgien ist der Katholizismus keine auf Selbstschutz angewiesene Minderheit, sondern das Glaubensbekenntnis fast des ganzen Volkes. Da muß eine auf alle Klassen sich erstreckende katholische Partei auf die Dauer als ein Widersinn erscheinen, sofern man den religiösen Fragen keine überragende Rolle in der Politik mehr zuweist. Die Zeiten sind zu ernst, als daß solche Fragen die Trennungslinie bei der Parteigruppierung bilden könnten. Nur die soziale Frage kann diese Trennungslinie zeichnen, und da ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß sich ein wachsender Teil der Katholischen Partei auf die Seite der Demokratie und der Arbeiterschaft schlagen wird, während von den Liberalen heutzutage nichts anderes mehr zu erwarten ist, als daß ihre große Mehrheit im Lager der sozialen Reaktion ihren Platz sucht. Je schneller es in Belgien zu dieser reinlichen Scheidung kommt, umso besser; denn weit entfernt davon, den Klerikalismus in den Sattel zu erheben, würde sie die Demokratie zur Herrin des Staates machen. Die Sozialisten hoffen zuversichtlich, daß schon die nächste Zukunft einen wesentlichen Fortschritt in dieser Richtung bringen wird.

Prozeß Graff.

Die letzten Tage des Graff-Prozesses waren mit Aussagen von Schupobeamten ausgefüllt, die kein neues und kein klareres Bild über die Vorgänge ergaben. Der allgemeine Eindruck war recht bedrückend. Eine Aussage widersprach der anderen; ein Beamter mußte zugeben, seine Kameraden vor dem belgischen Kriegsgericht mit unverantwortlicher Leichtfertigkeit belastet zu haben. Vom Vorsitzenden zur Rede gestellt, erklärt er, er habe den Betreffenden, der jetzt im belgischen Zuchthaus sitzt, für einen großen Lumpen gehalten. Derartige beschämende Vorgänge haben wir ja in völkischen Prozessen leider oft genug erlebt. Sollte dieser niedrige Geist auch in unserer Schutzpolizei schon Eingang gefunden haben?

Interessanter gestaltete sich die Vernehmung des Justizrats Jörrensen, des Verteidigers von Reinhardt und Genossen vor dem belgischen Gericht. Dem Zeugen ist erst dann gestattet worden, Einsicht in die Akten zu nehmen, als die Angeklagten bereits ein Geständnis abgelegt hatten. Leutnant Reinhardt habe ihm auf Ehrenwort erklärt, daß er von der Tat nichts wisse. Auf seine Frage, warum er denn ein Geständnis abgelegt habe, antwortete Reinhardt, er habe das nur unter schwerem moralischen Druck getan. Die Drohungen der Belgier, daß sie seine Frau, die sich in gesegneten Umständen befand, verhaften und man gegen seine Entlastungszeugen ein Meineidsverfahren anstrengen würde, habe ihn dazu veranlaßt. Der Zeuge gibt weiter an, daß er auch die anderen Angeklagten besucht habe. Ihr Verhör hätte aber so viele Widersprüche ergeben, daß er es ablehnte, alle zu verteidigen. Oberstwachtmeister Kristen sagte ihm: Wie kann Reinhardt nur ein Geständnis ablegen? Sie sind doch gar nicht die Täter. Das weiß ich ganz genau. Die Täter sind in Stettin und heißen Kaws, Schwirrath und Engeler. Justizrat Jörrensen hat darauf gesagt: **Warum haben sich diese wirklichen Täter noch nicht gestellt?** Kristen erwiderte: Reinhardt und Genossen kann doch nichts passieren. Es ist ihnen doch gar nichts zu beweisen. Zeuge sagte dem Major Kristen, er würde sich mit der Staatsanwaltschaft Duisburg in Verbindung setzen und die Täter in Stettin verhaften lassen. Hauptmann Montiny war bei der Rücksprache ebenfalls anwesend. Er bekam sofort den Auftrag, nach Stettin zu fahren, um Kaws und Genossen zu verhaften. Zeuge schildert auch die Hauptverhandlungen, wo die Angeschuldigten ihr Geständnis zurückgenommen haben. Auch Grabert sagte hier aus, er wisse nichts.

Rathenaufeiern in Berlin.

Für Dienstag, den zweiten Jahrestag der Ermordung Rathenaus, hatte die sozialdemokratische Partei Groß-Berlins zusammen mit dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" drei große Versammlungen gegen die faschistische Mordhetze einberufen. Die Versammlungen waren ungeheuer überfüllt. In der „Neuen Welt" in Neukölln sprach Philipp Scheidemann, im Westen der frühere bayrische Landtagsabgeordnete Genosse Niekisch und im Osten Berlins Adolf Hoffmann. Die Versammlungen nahmen alle einen glänzenden Verlauf. Wo die Kommunisten, wie bei Scheidemann, Störungen versuchten, wurden sie von dem Saalschutz sofort an die Luft befördert. Nach Schluß der Versammlungen wurde ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer auf Lastautomobilen, die mit den Farben der Republik geschmückt waren, durch Groß-Berlin zum Grabe Rathenaus, der in Oberschöneweide beigesetzt ist, befördert. Hier wurden von zahlreichen Abordnungen unter dem Scheine von Fackeln Kränze niedergelegt, Genosse Ph. Scheidemann und der demokratische preußische Landtagsabgeordnete Nuschke hielten kurze Ansprachen, in denen sie die Bedeutung Walther Rathenaus für die deutsche Republik unterstrichen.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz,
Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer.
Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Als Zwischendecksteward nach Südamerika

Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

22. Fortsetzung.

Die beiden Zwischendecksstewards staunten ob dieser veralteten Putzmethode. Der Dicke erinnerte sich, daß in seinem Elternhause die Mägde auch noch mit Stearinöl und Wiener Kalk das Kupfer putzen mußten, aber heimlich nahmen sie doch Vitriol. Damals war er noch ein kleiner Junge. Es wiederholt sich doch alles im Leben, dachte er. Der Barber mühte sich ab, das Stück Metall wenigstens einigermaßen so blank zu bekommen, wie er es von den anderen erwartete. Es gelang ihm nicht. „Ja," entschuldigte er sich, „ich habe mir da ausgerechnet das verschimmelteste Stück vorgenommen, darin hat sich das Seewasser so eingefressen, daß es sofort wieder anläuft, auch wenn es noch so blank geputzt ist. Da heißt's denn reiben und immer wieder reiben, es ist eben Rohkupfer."

„Aber oben die haben doch Putzpomade, können wir denn keine kriegen?" fragte der Dicke, „Knochenfett allein tut's schließlich auch nicht. Ich werde mal zum Obersteward gehen und sehen, was da zu machen ist. Jonny, nimm Du für alle Fälle die Putzkasten, ich gehe jetzt rauf. Und wirklich ging er nach oben, den Obersteward aufzusuchen.

Der ließ den Dicken ruhig ausreden, dann sah er ihn gemessen eine Weile an und antwortete ironisch: „Aha, das ist ja meine Konkurrenz an Bord. Sie sind, glaube ich, doch noch schwerer als ich, was wiegen Sie?"

„Mit 221 Pfund kam ich an Bord," sagte der Dicke.

„Ja, das kann so stimmen, da sind Sie also doch schwerer als ich."

Er log frech und zog seinen Bierbauch in die Höhe. Sicher hatte er seine 250 Pfund, das war dem Dicken auch schon erzählt worden. Warum verleugnete der nur sein Gewicht?

„Sie wollen Putzpomade haben? Sind wohl verrückt? Seit wann gebe ich denn etwas an die Zwischendecksstewards ab? Reibt bis es blank wird, immer feste Knochenfett, Knochenfett, das ist auch gut für den dicken Wanst. Sollen mal sehen, in vier Wochen sind Sie ein anderer Kerl, das ist ja alles faules Fett, was an Ihnen herumhängt."

Wie bei Dir, dachte der Dicke und sagte sehr ruhig: „Können Sie mir denn keine Putzpomade verkaufen? Ich will sie ja gern bezahlen."

„Haben Sie Geld?"

„Ja, ich bringe es Ihnen sofort herauf," beeilte sich der Dicke zu antworten.

„Kerl, scheren Sie sich zum Teufel und tun Sie Ihren Dienst, wie er von Ihnen verlangt wird, Sie haben hier oben gar nichts zu suchen. Oder wissen Sie nicht, daß das Betreten des Oberdecks für Euch Zwischendecksstewards verboten ist? Dann wird's Euch der „Erste" mal beibringen, aber gleich so, daß Ihr's nie vergeßt."

Da drückte sich der Dicke verlegen. „Büttel, Büttel," murmelte er und ging zu Jonny, der ihn mit dem Putzkasten schon erwartete.

„Passen Sie mal auf, wie wir putzen, ich hab's schon ausprobiert; fein, sage ich Ihnen." Mit dem Messer kratzte er Rost, Grünspan und Dreck tüchtig von dem Metall ab. „So, nun ölen wir die Geschichte gut ein, und reiben das zur Not blank. Dann fangen wir an zu „Wienern". Das geht ganz gut und schnell und das Knochenfett heben wir uns auf für schwerere Tage. Wem's nicht gefällt, der soll sich's selber besser machen."

„Ob es aber dem „Ersten" gut genug ist, das bezweifle ich; ich fürchte, es geht uns mit dem Kupfer wie mit dem Farbenwaschen," sagte verärgert der Dicke.

„Darüber müssen Sie sich jetzt noch keine Sorgen machen", tröstete Jonny, „es kommt doch alles, wie es kommen soll. Und Sie dürfen die Sachen hier an Bord nicht so tragisch nehmen, Sie müssen „wurstiger" werden, dann kommen Sie weiter und machen sich das Leben leichter."

Das nahm sich der Dicke jetzt auch fest vor, als aber der „Erste" nachmittags herunter kam und wieder alles tadelte und schimpfend Befehl gab, da war er jedoch außer sich vor Wut und Entrüstung. Er hatte sich alle Mühe gegeben, und es kränkte ihn tief, daß er dafür nichts erntete als Vorwürfe; seine armen Hände waren von Hamburg her noch nicht heil, sie waren wieder frisch aufgebrochen, es fehlte nur noch, daß ihm Grünspan hinein kam, dann war die schönste Blutvergiftung fertig. Jonny sah, wo den Dicken der Schuh drückte, er tröstete ihn. „Stecken Sie sich eine Pfeife an", sagte er aufmunternd, „dann kriegen Sie andere Gedanken, morgen kommen wir nach Bilbao, da bekommen wir Zwischendeckspassagiere an Bord. Vielleicht sind ein paar vernünftige Weiber darunter."

„Was liegt mir an den dreckigen Weibern", wetterte der Dicke, „die putzen mir das Kupfer nicht. Ich sage Dir Jonny, ich habe den Kram hier schon so gründlich satt, das kann ich gar nicht beschreiben. Nichts zu essen gibt's wie Frinkandellen und Räubergulasch; wenn wir den Kaffee nicht hätten und die Backwaren von Otto, wär's gar nicht zum Aushalten. Aus der Küche kann ich schon nichts mehr essen. Rein zum Tollwerden. Nur Arbeit, und was für welche! Nichts macht man gut genug. Himmel Donnerwetter! Was hatte er alles hinter sich gelassen und wie bitter mußte er hier entbehren. Aber das half ja alles nichts. Weiter, immer weiter! Wie oft hatte er sich vorgenommen, nicht zurückzudenken, aber die wehmütigen Gedanken beschlichen ihn doch wieder.

Am frühen Morgen ließ der „Bahio" auf der Rede von Bilbao die Anker fallen und jetzt entwickelte sich wieder sogleich ein reges Leben.

Breite Leichter unter Segel brachten die Ladung für das Schiff längsseit und nahmen das für Bilbao Bestimmte mit an Land. Zollwächter und Beamte der Reederei gaben den Spaniern in der Sprache ihres Landes Bescheid. Die Matrosen bedienten die Dampfkrahnen und Ladebäume, es war ein Schreien, Rufen und Kommandieren, daß der eine nicht verstand, was der andere sprach. So liebte es der „Erste", da fühlte er sich am wohlsten, auch jetzt führte er das lauteste Kommando und da er des Spanischen durchaus Herr war, so fügten sich ihm willig die eingeborenen Bootsleute. Der Dicke beobachtete ihn, er mußte diesen Mann bewundern, der ihm schon so bitter weh getan hatte, denn alles, was der anfaßte, klappte. Die Zwischendecksstewards nahmen Proviant an Bord. Oel, Kaufmannsgüter und Wein. Dann kamen die Zwischendeckspassagiere. Unter Leitung der eigens für diese geheuerten spanischen Stewards ging alles flott von statten. Der Dicke und Jonny waren aufgestellt, diesen Leuten zunächst den Eingang in das Zwischendeck zu versperren, denn der Barber mußte sie dem spanischen Arzt vorführen, der auch erst in Bilbao an Bord kam und in seiner Eigenschaft die Reise nach Buenos-Aires und zurück mitmachte.

Mit energischem „Senores" und „Senoras" trennten sie die Männer von den Weibern, wie Böcke von den Schafen. Das war wieder einmal Fahrwasser für Jonny. Er hatte sich schon zwei blutjunge spanische Schönen ausgesucht, mit denen er, heftig gestikulierend, liebäugelte. „Medico, medico"! rief er und trieb zuerst die Männer, dann die Weiber paarweise dem Barber zu, der sie dem Doktor vorführte, denn alle wurden von dem Arzt zunächst auf ihren Gesundheitszustand untersucht.

In sanitärer Beziehung wird überhaupt in spanischen Häfen das Möglichste geleistet; es kam sogar eine Kommission an Bord, welche die Aufenthalts-, Schlaf- und Waschräume, Latrinen usw. einer genauen Besichtigung unterzog. Männer und Weiber wurden in den Zwischendecks streng voneinander getrennt. Selbst darauf war geachtet, daß die Treppengeländer nach der offenen Seite gut mit Segeltuch abgedichtet waren, um zu verhindern, daß vom Männerdeck aus ein unbewachtes Auge möglicherweise einer die Treppe passierenden Schönen unter den Rock gucken konnte. Kisten und Kasten, Riesenbündel, Stühle, Kinderwagen, Hängematten, alles mögliche brachten die Zwischendecker mit. Und eine endlose Zahl von Kindern!"

(Fortsetzung folgt.)

Wir haben wegen vorgeschrittener Saison große Mengen

Damen-Hüte

moderne Formen in geschmackvoller Ausführung

im Preise weit herabgesetzt

Wir bieten hiermit allen Damen eine selten günstige Kaufgelegenheit.

Liseret-Hüte garniert, jugendliche Formen, viele Farben jetzt **4.75**

Backfisch-Hüte garniert, mod. Glocke aus Liseret..... jetzt **6.95**

Frauen-Hüte aus Liseret, mit Reiherstielen u. Band garniert jetzt **8.75**

Damen-Hüte garniert, Glocke aus Liseret und Tagal-piko jetzt **12.50**

Ein Posten **Band- und Seiden-Hüte** zum Aussuchen **4.50** jetzt 12.50 9.75 7.75

Elegante Modellhüte feinste Ausführg., ohne Rücks. auf d. früh. Wert jetzt 24.50 **19.50**

Für Strand u. Reise der beliebte weiße Filzhut jetzt 14.50 12.50 **7.90**

Glasbatist-Hüte hübsch verarbeitet..... jetzt 7.75 **5.75**

Strand-Mützen aus weichem Flausch jetzt **2.95**

Wasch-Südwester für Damen und Kinder..... jetzt 3.50 **2.50**

Große Posten **moderne Hutformen** a. Liseret, Tagal-piko, viele Farb. zum Aussuchen **2.50** jetzt 7.90 5.75 3.90

Matrosenhüte für Knaben und Mädchen..... jetzt 5.90 **4.90**

Holstenhaus

Achtung!
Großer Verkauf von (4582
Zwieback (Paket)
Inhalt: **10 Stück** nur **5 Pfennig**
Kekse und Schokoladen
enorm billig
Wiederverkäufer Rabatt
Schuster, Kupferschmiedestr. 3.

Adreßkarten
werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 40.

Gewerksch. Deutscher Lokomotivführer, Ortsgruppe Lübeck

Sonnabend, 28. Juni, Anfang 4 Uhr, im
Moislinger Baum
Gr. Sommerfest
verbd. mit Preisschieß., Kinderbelustig. usw.
Ab 7 Uhr abends (4605
Sommernachts-Ball
verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen.
Der Festausschuß.

Luisenlust
Jeden Freitag: 4571
Großes Tanzkränzchen

Stadthallen-Garten
Täglich von 4—11 Uhr
Schenck-Konzerte
Bei ungünstiger Witterung in den Restaurationsräumen. 4580

HOHENSTIEGE
Halte mein Lokal für Vereine u. Ausflügler bestens empfohlen 4585
Spezialität: Täglich frische Erdbeeren.

Café „Bernhard"
Fackenburger Allee 9.
Täglich von 8—1 Uhr 4574
das beliebte
Schröder-Finck-Duo

---

300 Postkartons leere Kisten
wegen Platzmangel billig 4518
Schuhvertrieb Rheingold

Selbstbesohler!
Herren-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- „ „ „ „ 0.60—1.00
Garantiert rein Kern!
Auf Wunsch kann auf Stoppel gewartet werden. 4576
Fünfhausen 7

Zur Mühle
Beckergrube 61
5-Pf.-Beutel enth.:
bestes Auszugmehl 88 ₰
5-Pf.-Beutel Diamant 1.10
Makaroni .... 40 ₰
Röllchen-Nudeln Pf. 30 ₰
Feinst. Bandnudeln 24 ₰
Gem. Zucker .. Pf. 35 ₰
..... bei 10 Pf. 3.40
Gerste, Weizen, gem. Hühnerfutter, Wicken, Teckbohnen bei 10 Pf. 1.10
20% Ia. Misch-Kaffee ½ Pfd. 0.30 M.
40% Ia. Misch-Kaffee ½ Pfd. 0.50 M.
4606)

Saatbohnen 4588
Kohlpflanzen
Schelm & Wege,
Mengstr. 10.

Fahrräder kauft **O. Störzner,**
4561) Hüxstraße 54.

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie
von **Franz Mehring** — 2 Bände 16.— Mark
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Weißer Engel. Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Eintritt und Tanz frei. (4381

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Ortsausschuß Schwartau-Rensefeld.
(4604
Wirte, Händler, Karussellbesitzer, welche beabsichtigen, am 10. Aug., auf dem Gewerkschaftsfeste, Tierschauplatz, auszustehen, haben sich bis zum 24. Juli bei dem Genossen **J. Ketelhohn**, Schwartau, Lübecker Straße 23, zu melden.

Trocadero
Schüsselbud. 4. F. 787
Stimmungs-Konzerte 4541

Fabelhaft billiges Angebot!

Um unserer Kundschaft Gelegenheit zu geben, sich zu niedrigen Preisen mit Qualitätsware zu versorgen, bringen wir zum Verkauf:

Mousseline Mtr. 1.20, 1.00	**70 ₰**	**Linon** für Bettbezüge, 130 cm br., Meter	**1.85**
Frotté Meter 3.40, 2.50	**1.95**	**Damast** für Bettbezüge, 140 cm br., Mtr.	**2.70**
Crêpes Meter 2.60, 1.90	**1.30**	**Inletts** Bettbreite, . . Meter 4.25	**3.40**

Neu aufgenommen: **Daunen-Steppdecken**, Stück **105 M.**

Bettfedern und Daunen enorm billig! 4589

Fertige Bettbezüge weiß, 12.00 10.20 **8.00**

Fertige Bettbezüge bunt, 9.00 8.40 **6.80**

Beachten Sie bitte unser Schaufenster!

Walter Griephan & Co.

Tel. 2957 Lübeck Hüxstr. 74

Reichs-Arbeitersport-Woche

Freitag, den 27. Juni:

Kasse 6 Uhr. Abends 7 Uhr: Eintritt 30 Pfg.

Naturfreunde-Abend im „Gewerkschaftshaus"

Mandolinenkonzert

Vortrag über Zweck und Ziel des Touristenvereins „Die Naturfreunde"

Lichtbilder-Vortrag 4570

„Wanderung durch die Lüneburger Heide"

Ausstellung im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses während der ganzen Woche von 5—9 Uhr geöffnet

---

Deutscher Holzarbeiter-Verb.
Verwaltungsstelle Lübeck
(4598
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, d. 27. Juni, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Der abgelehnte Reichsmantelvertrag.
2. Bericht vom Ortsausschuß.
3. Verschiedenes.

Nach der Versammlung findet die Versammlung der Krankenunterstützungskasse statt.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Die Ortsverwaltung.

Fledermaus
9 Uhr.
(4383)

Hansa-Theater
Das Tagesgespräch in Lübeck (4593
ist die große Revue
„Lübeck, so siehst du aus"
die täglich 8 Uhr abends mit dem Komiker-Trio
Anni Oelschläger
Emil von Dollen
Alfred Maack
zur Aufführung gelangt.

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (4586

Lübecker Volksbote

Beilage — Donnerstag, 26. Juni 1924 — Nummer 147

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 26. Juni.

Kampf mit geistigen Waffen.

In den letzten Jahren, während die Extreme von links und rechts mit roher Gewalt, mit Meuchelmord und anderen Heldentaten die politischen Geschicke des deutschen Volkes zu meistern glaubten, haben wir immer unseren Stolz darein gesetzt, mit den Waffen des Geistes zu kämpfen. Schon seit Generationen wissen wir's durch den Mund führender Genossen, daß für einen Sozialdemokraten die Waffe niemals zum Austragen des politischen Kampfes brauchbar ist, sondern daß der Sozialismus in seiner gesunden Grundidee so stark ist, daß er sich im Laufe der Zeit ohne Gewalt durchsetzen wird und muß.

Dazu ist allerdings erforderlich, daß jeder Genosse, der mit einer Funktion innerhalb der Parteibewegung betraut ist, den Willen hat, sich ständig zu schulen, sein Wissen ständig zu bereichern. Kein Geringerer als Wilhelm Liebknecht war es, der seinerzeit darauf hinwies, daß die Bourgeoisie auf Grund der Schulbildung, die sie ihren Söhnen mitgeben konnte, uns gegenüber wesentlich im Vorteil war. Schon er hat betont, daß es unsere höchste Aufgabe sein müßte, unseren Genossen zu sagen, und immer wieder zu sagen, daß das Wissen auch die Machtfrage entscheidet. Seitdem hat sich allerdings viel geändert, und der Arbeiter von heute hat Gelegenheit, Kurse zu besuchen und sich durch die Anleitungen, die ihm auch seitens der Bewegung gegeben werden, fortzuschulen. Und dennoch ist es nötig, das geistige Rüstzeug des Sozialismus zu kennen, gründlich zu kennen. Deswegen hat sich unser Zentral-Partei-Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, entschlossen, durch die Parteibuchhandlungen sozialistische Literatur jedem zugänglich zu machen, dadurch, daß er Bibliotheken von 18, 24 und 35 Bänden zusammengestellt hat, die nicht nur zu einem bedeutend ermäßigten Preise, sondern auch gegen sehr bequeme Abzahlung von monatlich 6 bis 10 Mark abgegeben werden. Kein Genosse, der den Trieb zur Weiterbildung hat, sollte versäumen, in die Parteibuchhandlung zu gehen und sich die mit Sachkenntnis zusammengestellten Bibliotheken anzusehen. Er wird zu der Ueberzeugung kommen, daß es unumgänglich ist, sie zu besitzen. Man wende sich an die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Der Lübecker Hafen. — Ein neues Jahrbuch. Die Graphische Kunst- und Verlagsanstalt H. G. Rathgens hat ein Werk verlegt, das sicher in Kaufmanns- und Handelskreisen gute Aufnahme finden wird. Es ist, wie der Herausgeber, Kaiinspektor Paul Plöger, sagt, ein Nachschlagewerk für die an der Lübecker Schiffahrt beteiligten Kreise, und gibt Aufschluß über alle mit dem Hafenverkehr zusammenhängenden Fragen. Und der sind nicht wenige. So sind aufgeführt etwa 60 in Lübeck beheimatete Dampfer und Segelschiffe mit allen Einzelheiten, eine Entfernungstabelle, das Sturmwarnungswesen an der Ostseeküste, die Schiffahrtslinien, Bestimmungen der Hafenverkehrsordnung, bahnamtliche und Zollbestimmungen, Behörden, Konsulate, Schiffsmakler, Spediteure, See- und Flußschiffahrtsbetriebe, Verkehrsinstitute, Maße und Gewichte im Vergleich zu sämtlichen Ländern, eine interessante Erklärung der vielen im Ueberseehandel gebräuchlichen Fremdworte und Fachausdrücke, ferner Schiffahrtsformulare, Mitteilungen über die im Hafengebiet liegenden Werften und Industriewerke u. v. a. m. Aus all dem ergibt sich, daß dieses Jahrbuch bald ein unentbehrliches Nachschlagebuch in jedem Handels- und Kaufmannskontor sein wird. Für eine übersichtliche Anordnung und saubere Ausführung des Handbuches hat der Verlag gesorgt.

Esperanto an deutschen Schulen. Minister Bölitz, preuß. Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft, veröffentlicht einen Erlaß folgenden Inhalts: „Die auf Grund meines Erlasses vom 20. Mai 1923 veranstaltete Umfrage hat ergeben, daß eine große Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen fähig und bereit ist, Unterricht in der Welthilfssprache Esperanto zu erteilen. Es ist daher die Möglichkeit gegeben, den Schülern und Schülerinnen die Kenntnis dieser Sprache zu vermitteln. Allerdings ist es möglich, diesen Unterricht als wahlfreies Lehrfach in die Lehrpläne aufzunehmen; auch können besondere Mittel nicht dafür von mir bereitgestellt werden. Ich ersuche aber, überall dort, wo sich Lehrkräfte bereit finden, diesen Unterricht außerhalb des Rahmens des sonstigen Unterrichts ohne besondere Entschädigung zu erteilen, oder, wo die erforderlichen Mittel anderweitig aufgebracht werden können, zu veranlassen, daß geeignete Klassenräume kostenlos zur Verfügung gestellt werden und der Erteilung des Unterrichts in jeder Hinsicht Vorschub geleistet werde. Wenn an einer Schule keine zur Erteilung des Unterrichts fähige Lehrkraft vorhanden ist, so ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Schüler dieser Schule vorläufig an den betreffenden Unterricht in einer anderen, geeigneten gelegenen Lehranstalt teilnehmen. Dieser Erlaß ist alsbald den Lehrerkollegien aller höheren Lehranstalten des dortigen Verwaltungsbereichs zur Kenntnis zu bringen. An denjenigen Schulen, an denen die Erteilung des Unterrichts möglich ist, ist dieser Erlaß auch der Elternversammlung mitzuteilen. Hierbei ist dem Lehrer Gelegenheit gegeben, die Eltern über das Wesen des Esperanto und seine Bedeutung aufzuklären. Es ist dabei besonders zu betonen, daß durch das Erlernen dieser Sprache das Studium der lebenden Sprachen in keiner Weise in den Hintergrund gedrängt, sondern im Gegenteil dadurch gefördert werden soll. Zum 1. Februar 1925 ersuche ich mir über die bis dahin gemachten Erfahrungen, insbesondere über die Beteiligung an dem Unterricht zu berichten." Aehnliche Erlasse sind von den Unterrichtsministerien von Hessen, Braunschweig und Sachsen veröffentlicht.

Die Kosten des Einwanderungssichtvermerks nach Amerika. Der neue Einwanderungssichtvermerk nach Amerika wird nicht, wie erwartet wurde, kostenlos erteilt, vielmehr wird von den Inhabern der zahlreichen Pässe aus den letzten Jahren die neue Taxe, d. h. 10 Dollar je Kopf, auch für Kinder, erhoben. Bisher kostete jeder Paß, gleichviel für wieviel Mitglieder, nur zehn Dollar.

Der Großhandelsindex. Die auf den 24. Juni als Stichtag berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 17. Juni (117,0) einen Rückgang auf **112,6 oder um 3,8 Prozent,** der vor allem durch die Senkung der Getreide- und Fleischpreise sowie der Preise für Rohbaumwolle, Baumwollgarne und Gewebe herbeigeführt wird. Von den Hauptgruppen sanken Lebensmittel von 99,1 auf 93,2 oder um 6 Prozent, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 85,6 auf 79,3 oder um 7,4 Prozent, Industriestoffe von 150,4 auf 148,9 oder um 1 Prozent, davon die Gruppe Kohle und Eisen mit 144,2 nahezu unverändert; Inlandswaren gaben von 107,0 auf 102,2 oder um 4,5 Prozent, Einfuhrwaren von 166,9 auf 164,7 oder um 1,3 Prozent nach.

Natur- und Heimatschutz!

Ein Kapitel über die Erziehung zur Freude.

„Die Kultur schreitet fort!" — Ein stolzes Wort. Und der Städter denkt an die Urbarmachung der Oedländer, weiten Moore und Heiden, an den Bau von Eisenbahnen, Flugzeughallen, an neue, grauenerregende Kriegstechnik, an Radio u. a. m. Der Naturfreund aber denkt wehmütig an die Folgen, an die einförmigen Felder, an langweilige Forste an das Schwinden seltener Tier- und Pflanzenarten, an die Verarmung unserer Heimat, soweit es sich um Schönheit handelt.

Zwei Meinungen stehen sich scharf gegenüber: die Nützlichkeitsfanatiker, die alles in Geldeswert verwandeln wollen, die Naturphantasten, die um keinen Preis mehr Land für den Anbau hergeben wollen. Die Zahl der letzteren ist gering, und ihre Stimme bedeutet nicht viel. Sehen wir den Tatsachen klar ins Auge, so müssen wir zugeben, daß Deutschland sich den Luxus weiter Oedländereien einfach nicht mehr leisten kann, daß alles darauf ankommt, uns in der Nahrungsmittelversorgung vom Ausland so unabhängig wie möglich zu machen, die Urbarmachung von Heide und Moor also mit aller Tatkraft zu fördern ist.

Aber braucht es dahin zu führen, jede Schönheit sozusagen planmäßig zu vernichten? — Gewiß nicht. Der moderne Städteerbauer versucht, die Natur in die Bannmeile der Stadt hineinzuziehen. Welche wunderbaren Parkanlagen sind nicht in den Großstädten entstanden! — Wer den neuen Stadtpark in Hamburg-Bormbek besucht, wird sich ergriffen fühlen. Und wer den Bootsverkehr erholungsbedürftiger Menschen auf dem künstlich geschaffenen See dort sieht, wird mit Bedauern feststellen, daß man in Lübeck den umgekehrten Weg gegangen ist, indem man einen größeren Teil der Wakenitz zuwarf und so das natürliche Wasserbecken verkleinerte, um das uns so manche andere Stadt beneidet hätte.

Lübecks Umgebung wird mit Recht seiner Schönheiten wegen gerühmt. Gerade jetzt aber, wo der Ruf nach Land, nach Heimstätten, Siedlungen, Kleingärten lauter und lauter erschallt, ist der Forderung aller Natur- und Heimatfreunde nach Schutz zu unterstützen. Die Schönheit unserer Heimat ist Allgemeingut. Das ist vielen, leider sehr vielen Menschen noch nicht klar, obgleich die Schule seit langem alles tut, um den Natur- und Heimatschutzgedanken in den Herzen der Schüler zu verankern. Das Elternhaus versagt hier leider sehr oft. Es ist ein Jammer, daß unsere Anlagen so häufig das Bild sinnloser Zerstörung bieten, daß die an Straßen und Wegen angepflanzten jungen Obstbäume von roher Hand mutwillig abgebrochen werden, daß an Sonntagen die Ruheplätze draußen in Wald und Heide und am Strande mit Papierresten und Flaschenscherben besät werden. Was sollen Ermahnungen auf Schulausflügen fruchten, wenn die Erwachsenen durch ihr übles Vorbild alles wieder niederreißen! Wir brauchen mehr Heimatsinn! — Auf Reisen in Süddeutschland, vor allen Dingen in der schwäbischen Alb, habe ich immer wieder mit Freuden wahrgenommen, welch großes Interesse und wieviel Liebe auch der einfachste Mann für seine Heimat und ihre Erforschung übrig hat. Der schwäbische Jura ist überaus reich an Versteinerungen. Fast in jedem Orte sind Bewohner, die schön gepflegte Sammlungen besitzen. Sie geben dem Fremden auch gerne doppelte Stücke ab, aber immer wieder konnte ich feststellen, daß die Leute neue, ihnen unbekannte Funde nicht herausrückten. „Erst muß der Professor aus Stuttgart sie gesehen haben." — Dort befindet sich eine große Heimatsammlung (Naturalienkabinett); Professor Dr. Fraas kam weit im Lande herum, und alle sammelten für ihn. Was er für das Museum gebrauchen konnte, kam nach Stuttgart. — Das ist vorbildliche Arbeit. — Hier bei uns hört man leider nur zu oft, daß selbst vorgeschichtliche Funde zerstört werden, indem die Leute die Sachen selbst haben wollen, statt ungesäumt dem nächsten Museum Mitteilung davon zu machen. Unsere Museen sind gewiß recht reichhaltig, aber keine Sammlung wird je vollständig. Niemand soll deshalb glauben, daß er nicht auch gelegentlich etwas beisteuern könne. Die Konservatoren nehmen alles mit Dank entgegen. Manche vom Spender als unbedeutend angesehene Gabe erweist sich zuweilen als ein wissenschaftlich wertvoller Fund.

Im Februar dieses Jahres wurde hier in Lübeck eine Verordnung erlassen, die dem Schutze bestimmter Pflanzen und Tiere dient. Durch das Vogelschutzgesetz sind der Fang und der Handel mit Singvögeln vom 1. April bis zum 31. Oktober schon immer verboten gewesen. Jetzt sind in Lübeck erfreulicherweise auch die Kriechtiere und Lurche geschützt worden. Niemand darf jetzt z. B. Ringelnattern, Eidechsen, Laubfrösche kaufen oder verkaufen. Alle diese Tiere sind nützlich. Viele von ihnen sind in der Nähe anderer Großstädte bereits ausgerottet oder stark zurückgedrängt worden. Die Schuljugend trägt viel Schuld daran, denn sie sammelt für die Händler die genannten Tiere. Das Verbot ist jetzt da. Die Durchführung hängt wieder in erster Linie von den Eltern ab. Wer seine Kinder zur Tierliebe erzieht, wird den Fang im Großen nicht zugeben. Die Haltung der Tiere ist nicht verboten. Jeder Tierfreund darf Kriechtiere und Lurchen, die er halten will, fangen. Die Verordnung läßt diese Lücke absichtlich offen, denn die Verfasser gingen von dem richtigen Standpunkt aus, daß die Tierfreunde gerade durch die Haltung dieser so oft mit Unrecht geschmähten und verleumdeten Tiere diese kennen und schätzen lernen. Heute werden sie noch viel zu wenig gekannt. Die Ausbreitung der Liebhaberei der Aquarien- und Terrarienkunde ist also nur zu begrüßen, denn sie vermittelt Kenntnis der Natur und unterstützt alle Bestrebungen des Natur- und Heimatschutzes.

Wenn die Bautätigkeit — hoffentlich recht bald — wieder auflebt und die Frage nach neuem Siedlungsland auftauchen wird, dann mögen die gesetzgebenden Körperschaften eins im Auge behalten: es gibt in der Nähe unserer Stadt Gebiete, die geschont werden müssen. Ebenso wie wir Grünanlagen und Spielplätze brauchen, sind wir es den kommenden Geschlechtern schuldig, daß wir die Schönheit unserer Heimat erhalten.

Ernst Schermer.

Keine allgemeine Neuordnung der Fernsprechgebühren. Wie das Reichspostministerium mitteilt, tritt entgegen anders lautenden Nachrichten in nächster Zeit keine allgemeine Neuordnung der Fernsprechgebühren ein. Es soll nur eine Herabsetzung der Gebühren für Neueinrichtungen und Anschlüssen und Nebenanschlüssen erfolgen. Eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren im Ortsverkehr ist nicht beabsichtigt. Vom 1. Juli an werden von der Reichspost Pakete zur Beförderung durch die Luft nach Rußland angenommen. Außer der gewöhnlichen Paketgebühr ist ein Luftpostzuschlag pro Kilogramm von 12 Mark zu zahlen.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme heute früh 10 Uhr 18½ Grad, Luft 19 Grad.

Badeanstalt Krähenteich. Wasserwärme heute früh 11 Uhr 19 Grad, Luft 20 Grad.

Sperre. Da Herr Brüggen weiter auf seinem ablehnenden Standpunkt beharrt, geht der Streik bei der Firma Brüggen weiter. **Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter.**

Ueber den Mühlenbetrieb der Firma Brüggen ist wegen Differenzen für Maurer die Sperre verhängt.

Der Vorstand der Baugewerkschaft Lübeck.

Travemünde. Automobilunfall. Infolge zu raschen Fahrens und zu starken Bremsens überschlug sich am Sonntag auf der Strecke Niendorf—Travemünde an abschüssiger Stelle ein Auto, in dem zwei Frauen saßen. Der Chauffeur wurde aus dem Wagen ins Feld geschleudert, die Frauen kamen unter das Auto zu liegen, das sich überschlug und sich quer über einen Graben legte. Sie erlitten so schwere Verletzungen, daß sie ins Lübecker Krankenhaus geschafft werden mußten, wo die eine der Verunglückten noch in Lebensgefahr schweben soll. Der Chauffeur kam mit unwesentlichen Verletzungen davon. Angeblich handelt es sich um ein Hamburger Auto.

Der Naturfreunde-Abend

am Freitag, dem 27. d. M., abends 7½ Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses verspricht sehr genußreich zu werden. Wie uns mitgeteilt wird, ist als Redner für den Lichtbildervortrag der Gen. Fritz am Ende-Hamburg gewonnen worden. Auch alle anderen Mitwirkenden, unter andern auch die Musikgruppe, werden alles aufbieten, um den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Da der Eintrittspreis nur 30 Pfg. beträgt, wird Lübecks Arbeiterschaft sicher recht zahlreich erscheinen.

Auch möchten wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß die **Ausstellung der Naturfreunde** im Zimmer Nr. 1 des Gewerkschaftshauses nur noch bis einschließlich Sonntag, d. 29. d. M., täglich von 5—9 Uhr abends geöffnet ist. Alle Besucher haben sich bis jetzt nur lobend über diese Ausstellung ausgesprochen, die jetzt um einige Stücke erweitert worden ist. Eine Verlängerung der Ausstellung ist leider nicht möglich. Deshalb sollte jeder die Gelegenheit benutzen, sie zu besuchen. Der Eintritt ist frei.

Die neue Spielzeit im Stadttheater.

Beginn am 17. August.

Die Intendanz des Stadttheaters versendet gegenwärtig eine Aufforderung zum Abonnent für die neue Spielzeit. Sie betont darin, daß für den Fortbestand des Stadttheaters als Kulturbühne und die Aufrechterhaltung des Orchesters ein guter Besuch der Vorstellungen notwendig ist. Das Abonnement, das im Vergleich zu ebenbürtigen Bühnen niedriger ist als anderwärts, soll die finanzielle Grundlage abgeben. Der Abonnementspreis beträgt für ein Ganzabonnement nur zwei Drittel, für ein Halbabonnement drei Viertel des zu Beginn dieser Spielzeit geltenden Preises für Opern (einschließlich Garderobengebühr und Sozialabgabe). Er wird in bequemen Raten erhoben. Eine Erhöhung wird nicht bei einer einfachen Erhöhung der Tagespreise erfolgen, sondern nur im Falle grundlegender Veränderung der deutschen Geldverhältnisse. Das Tagesabonnement ist frei übertragbar. Der Handel mit Abonnementskarten ist unzulässig. Die Tagespreise für die kommende Spielzeit sind: Gruppe 1 Schauspiel 5 Mk. (Oper 6 Mk.), Gruppe 2: 4 Mk. (5 Mk.), Gruppe 3: 3,30 Mk. (4 Mk.), Gruppe 4: 2,50 Mk. (3 Mk.) Gruppe 5: 1,80 Mk. (2,20 Mk.), Gruppe 6: 1,20 Mk. (1,50 Mk.), Gruppe 7: 0,80 Mk. (1 Mk.)

Der Spielplan 1924/25 sieht u. a. vor im Schauspiel: An Neueinstudierungen u. a. Shakespeare „Hamlet", „Wie es Euch gefällt", „Zähmung einer Widerspenstigen"; Goethe „Egmont" (Musik v. Beethoven); Schiller „Braut von Messina"; Gozzi „Turandot"; Kleist „Kätchen von Heilbronn"; Hebbel „Die Nibelungen" 1., 2. und 3. Teil; Ibsen „Peer Gynt"; G. Hauptmann „Gabriel Schillings Flucht", „Florian Geyer". An Erstaufführungen Büchner „Dantons Tod"; Wedekind „König Nicolo"; Paul Ernst „Eine Nacht in Florenz"; Shaw „Cäsar und Cleopatra"; Werfel „Der Schweiger"; Sternheim „Die Hose"; Mohr „Die Karawane"; Melchior Vischer „Chaplin" (Uraufführung); Walter v. Molo „Lebensballade" (Uraufführung); Max Hochdorf „Die Nacht der Verklärung" (Uraufführung). Mehrere Unterhaltungslustspiele u. a.: Landau „Reifenspringen"; Ettlinger „Nächstenliebe". Weiter an Possen u. a.: Raeder „Robert und Bertram"; Wilhelm und Justinus „Kyritz-Pyritz".

In der Oper: An Neueinstudierungen Mozart „Die Zauberflöte", „Don Juan", „Die Entführung aus dem Serail", „Figaros Hochzeit"; Weber „Oberon", „Freischütz"; Lortzing „Wildschütz"; Wagner „Tristan und Isolde", „Der fliegende Holländer", „Die Meistersinger", „Siegfried", „Parsifal"; Offenbach „Hoffmanns Erzählungen"; Goldmark „Königin von Saba"; Humperdinck „Königskinder"; Strauß „Rosenkavalier", „Salome"; Korngold „Die tote Stadt"; Donizetti „Die Regimentstochter", „Don Pasquale"; Gounod „Margarete"; Verdi „Aida", „Othello", „Maskenball"; Massenet „Manon". An Erstaufführungen Händel „Xerxes"; Pfitzner „Der arme Heinrich"; Stravinsky „Die Nachtigall"; Busoni „Dr. Faust"; Striegler „Der Thomaskantor" (Uraufführung); Debussy „Pellas und Melisande". — In der Operette Suppé „Boccaccio"; Dellinger „Don Cesar"; Strauß „Tausend und eine Nacht"; Stein-Redbal „Polenblut"; Andran „Die Puppe"; Offenbach „Blaubart".

Im Tanz Berény „Die Hand" (Pantomime); Mauke „Die letzte Maske" (Pantomime); Stravinsky „Petruschka"; Bartók „Der holzgeschnitzte Prinz"; Wellesz „Die Nächtlichen"; Mraczek Orientalische Skizzen; Strauß, Tänze von Francois Couperai.

Dem Verbande des Theaters gehören an als Vorstände im Schauspiel: Dr. Karl Loewenberg, Oberspielleiter und 1. Dramaturg, Carl Heidmann, Spielleiter. In der Oper: Karl Mannstaedt, Generalmusikdirektor, Rudolf Boruvka, 1. Kapellmeister, Helmut Reinisch, Kapellmeister und Chordirektor, Dr. Felix M. Gatz, Kapellmeister, Dr. Richard Hein, Spielleiter der Oper, Max Hermann, Spielleiter der Oper und Operette, Willi Walter-Böhne, Spielleiter des Lustspiels und der Posse. Im Tanz: Alice Zickler, Ballettmeisterin und 1. Solotänzerin. Bühnenbildner: Johannes Schröder-Hamburg und Alfred Mahlau-Lübeck. Leiter der Verwaltung: Inspektor Grüschow. Technischer

Oberleitner: A. Ludwig. Als Mitglieder im Schauspiel die Damen Gerda Basarke, Martha Hassenberg, Martha Hohenfeld, Alix Lischke, Frida Lüderitz, Herta von Steuben, Hildegard von Zedtwitz; die Herren Karl Heidmann, Viktor Kowarzik, Jacob Klukker, Günther Lüders, Hans-Karl Magnus, Karl Moran, Fritz Offenninger, Karl Pündter, Fritz Ritter, Wilhelm Stengel, Gerhard Teuhner, Willi Walter-Böhne, Erich Werder. In der Oper die Damen Margarete Bruhn, Ena Döhle, Helene Harder, Hedwig Heß, Herta Möller, Helga Rönnau, Ljuba Senderowna, Lisa Studt; die Herren: Paul Beckmann, Moritz Hartmann, Kurt Heimberg, Max Hermann, Alfons Kopp, Hermann Kaufmann, Hanns-Peter Meinzberg, Jaro Prohaska, Georg Rehkemper, Sidney de Vries. Im Tanz: 5 Tänzerinnen, dazu Elevinnenschule und Kinderballett. Im Orchester: 53 Musiker. Im Chor: 28 Mitglieder, dazu Hilfschor.

Reichs-Arbeitersportwoche.

Im Gewerkschaftshaus veranstaltete das Arbeiter-Sportkartell am Mittwochabend eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Bürgerliche und Arbeitersportorganisation". Der Referent, Genosse Schöne-Berlin, führte aus, die Bürgerlichen hätten schon seit langem erkannt, daß der Sport geeignet sei, die Arbeiter abzulenken von ihrem ureigensten Interesse, dem Klassenkampf. Der Arbeitersport erstrebe andere Ziele als die Bürgerlichen. Die Körperpflege sei nur ein Teil davon. Es sei zu verwundern, daß es jetzt überhaupt noch Arbeiter gebe, die bürgerlichen Vereinen angehören. Rundfragen in den Schulen hätten ergeben, daß durchschnittlich 80 von 100 Kindern Mitglieder von bürgerlichen Sportvereinen seien. Das müsse anders werden. Der Arbeitersport trage dazu bei, den Arbeiter geistig frei zu machen. Die Bürgerlichen betreiben den Sport als Mittel zu dem Zweck, starke Arbeiter und Soldaten zu bekommen. Wir dagegen als Hauptzweck, um gesunde, kräftige Staatsbürger heranzuziehen für den Klassenkampf. Autoritätsduselei lehnen wir ab. Nicht nur in den Zielen, sondern auch in den Wegen bestehe ein Gegensatz. Wir treten aus den bürgerlichen Vereinen aus, um uns von den bürgerlichen Einflüssen frei zu machen. Also heraus aus den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen! Wir wollen eine zielbewußte Politik treiben, die uns frei macht. Nicht die Züchtung von großen Kanonen und Höchstleistungen sei das Ziel des Arbeitersports im Gegensatz zu den Bürgerlichen, sondern Einstellung auf gesunde Körpererziehung.

In der Frage des Wohnens, Essens, Kleidens herrsche ein Tiefstand, der jeder Beschreibung spotte, daher sei die Körperkultur (Nacktkultur) am Platze. Körperkultur aber könne man eigentlich nur an nackten Körper betreiben. Längere Betrachtungen widmete der Redner der Körperkultur der Griechen und Germanen. Unhygienisch sei z. B. eine Badehose, jedoch seien wir in Deutschland noch nicht reif zu solchen Reformen, wie in den nordischen Ländern. Es sei aber nur eine Frage der Erziehung.

Jahn war weit entfernt von einer Körperkultur, er wollte nur tüchtige Befreier und Soldaten. Die Freiübungen seien ein Mittel zur Disziplinierung der Masse, die wir notwendig gebrauchen zum Kampf gegen das Kapital. Die Nacktkultur hätte vor allem einen hygienischen, ethischen und erzieherischen Wert. Der hygienische Vorteil sei die Pflege der Haut. Der Mensch, der Nacktkultur treibe, halte seinen ganzen Körper rein und beschmutze infolgedessen keinen fremden Körper. Sie verhindere also die Geschlechtskrankheiten. Der erzieherische Wert bestände darin, daß man freier würde. Es würden selbständige Menschen erzogen, und nur solche könnten wir gebrauchen, wenn es besser mit uns werden solle.

In der Diskussion sprachen Nickel und Weiß im Sinne des Referenten. Sie erheben die Forderung auf Errichtung eines Hallenschwimmbades für Lübeck.

Im Schlußwort ging der Referent kurz auf die Ausführungen der beiden Diskussionsredner ein und versicherte, er würde von Berlin aus hinausschreien, daß die alte Hansestadt Lübeck noch nicht einmal eine Schwimmhalle besitze. Zum Schluß forderte er mehr Beachtung und Unterstützung der Arbeitersportbewegung durch die Führer der politischen Parteien.

*

Zu Anfang der Versammlung wurde Schreiber dieses von einem Genossen in seiner Arbeit zu stören versucht. Allerdings in der Annahme, daß der Bericht für eine bürgerliche Zeitung bestimmt sei. Es zeugt dies von wenig Taktgefühl. In einer öffentlichen Versammlung steht jedem das Recht zu, Berichte aufzunehmen oder Notizen zu machen, auch wenn es Gegner sind. Das möge sich jeder merken und vor allem der bewußte Genosse.

-y-

Die armen Kapitalisten.

Wir haben Geld und haben Kredit.

Durch den Handelsteil der kapitalistischen Presse geht gegenwärtig ein Generalversammlungs-Bericht über Orenstein & Koppel A.-G., Berlin, deren Konzern auch die Lübecker Maschinenbau-A.-G. angeschlossen ist. Bemerkenswert sind die Ausführungen, die Benno Orenstein dem Jahresbericht anfügte. Er sagte,

„daß die Gesellschaft im letzten Jahre ihre flüssigen Mittel nicht zur Expansion, sondern zum inneren Ausbau der vorhandenen Werke und zur technischen Modernisierung verwendet habe. Die Wünsche auf Vergrößerung des Unternehmens hätten sich ausschließlich im Rahmen der eigenen Mittel gehalten. So habe Orenstein & Koppel zurzeit überhaupt keinen Bankkredit in Anspruch genommen, sondern unterhalte vielmehr beträchtliche Guthaben bei ausländischen Banken. Allerdings habe die Gesellschaft, um für alle Fälle gerüstet zu sein, Kreditsicherungsverträge mit ausländischen Banken im Falle der Not abgeschlossen, die im Zusammenhang mit den Lasten des Sachverständigen-Berichtes für die Gesellschaft von hoher Bedeutung werden können. Es ist der Gesellschaft gelungen, einen Teil der beschlagnahmten Auslandsunternehmungen zurückzuerwerben. Die augenblickliche Beschäftigung der Werke sei nicht besonders lebhaft, da die Reichsbahn ihre Bestellungen eingestellt hat und das Wiederaufbauministerium die Zahlungen inhibierte. Die Goldbilanz werde den berechtigten Erwartungen der Aktionäre voll entsprechen.

Also trotz allem Geschrei über die Not der Industrie steht dieser Konzern kerngesund und kapitalkräftig da, hat sich gegen Verluste im Ausland gesichert und verspricht den Aktionären eine schöne Goldbilanz. Die armen Kapitalisten sind also vor dem größten Hunger gefeit, besser als die Tausende von Arbeitern, die man nach Bedarf aufs Pflaster wirft, damit der Profit nicht geschmälert wird. Aber noch eines muß vermerkt werden: den Industriegewaltigen nimmt es kein bürgerliches Blatt übel, wenn sie sich international verbinden, darüber geht man mit Stillschweigen hinweg. Dafür aber schimpft man um so toller über die sozialdemokratische Internationale und verleumdet sie nach Noten als Vaterlandsfeinde und Vaterlandsverräter. Haltet den Dieb!

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Hansatheater. Täglich 8 Uhr: „Lübeck, so siehst du aus."

Angrenzende Gebiete.

Lauenburg. Vater und Sohn im Gewitittersturm ertrunken. In Hohnstorf an der Elbe war der Fischer Seherließ mit seiner Frau und seinem 16jährigen Sohn in einem Kahn nach den oberhalb der Elbbrücke gelegenen Weiden gefahren, um Futter zu holen. Der dem Gewitter vorausgehende Wirbelsturm riß das am Kahn angebrachte Segel herunter, wobei alle drei Insassen in die Elbe geschleudert wurden. Der Sohn kam gar nicht wieder an die Oberfläche, während Scherließ noch einmal aus dem Wasser emportauchte und seiner Frau zurufen konnte, sie solle sich an dem treibenden Kahn festhalten. Dann verschwand auch er in den Fluten und ertrank. Die Frau wurde von der Besatzung eines vorüberfahrenden Dampfers gerettet.

Ausstellung und Verkauf

von Büchern, Bildern und feinen Messingtreibarbeiten; von Wander- und Sportbekleidungen, Alluminiumgerät für Wanderer- und Sportler im

Gewerkschaftshaus — Zimmer 2

vom 22. bis 29. Juni (Arbeiter-Sportwoche) veranstaltet vom Verlag des Lübecker Volksboten und der Vertriebszentrale der Arbeiterjugend.

Schwerin. Wer war Harry? Das „Freie Wort" schreibt: Die Identität des in Neubrandenburg erschossenen Harry ist festgestellt. Es handelt sich um einen Architekten, oder, wie die Dresdener Polizei mitteilt, um den Bautechniker Hans Arno Eckelmann aus Freiberg in Sachsen, geboren 1. Dezember 1891. Er war Parteifunktionär der KPD. und Leiter des Kampfausschusses. Aus Dresden ist er seit einem halben Jahr flüchtig wegen Sprengstoffschiebung. Diese Auskünfte sind bei der hiesigen Staatsanwaltschaft von der Staatspolizei Dresden eingelaufen. Damit war die Identität festgestellt. Am gleichen Tage ist mit der Auskunft eine Strafanzeige von Frau Eckelmann durch einen Berliner Rechtsanwalt gegen den Staatsanwalt in Schwerin, den Leiter der politischen Kriminalpolizei und den Wachtmeister in Neubrandenburg, der den Schuß auf Harry abgegeben hat, eingelaufen.

Malchin. Mord auf der Landstraße. Ein Mord ist bei Malchin auf der Neubalener Chaussee bei der Hohen Brücke verübt worden. Der Ermordete, der durch einen Schuß in die Schläfe getötet worden ist, ist der Sohn des Büdners Ziehl aus Gülitz. Der Täter, ebenfalls in Gülitz wohnhaft, wurde verhaftet.

K. Oldenburg. Der Landtag geht dem Ende zu. Der Präsident aber erklärte, daß Petitionen eine sichere Erledigung deshalb nicht mehr finden würden. Von Interesse unseres Landesteils ist, daß etwa 200 000 Mark für den Bau von Beamtenwohnungen eingestellt wurden. Damit wird einem Teil unserer Arbeitslosen etwas weiter geholfen. Mit der Wohnungssteuer und dem Holzeinschlag stehen ungefähr 170 000 Mark für Wohnungsbauten zur Verfügung. Wenn nicht eher durch Anleihe, muß leider gewartet werden, bis eben Holz geschlagen und verkauft ist. Es werden jedenfalls von Seiten der Regierung noch Veröffentlichungen erfolgen. Für den südlichen Teil mußte in diesem Jahre der Bau einer Sporthalle im Riesebusch zurückgestellt werden. Es wird aber von unseren Abgeordneten großer Wert darauf zu legen sein, daß diese Halle gebaut wird. Verschiedene Steuergesetze werden manchen zum Seufzen veranlassen, wenn er zahlen soll. Der Platz des Genossen Hug war in der letzten Sitzung mit Blumen geschmückt, da der Senior der sozialdemokratischen Fraktion 67 Jahre alt geworden ist. Am 4. November 1889 ist Genosse Hug in den Oldenburger Landtag eingetreten, er ist also 25 Jahre Mitglied des Oldenburger Landtages. Genosse Hug ist den älteren Genossen sehr gut bekannt, weil viel seiner Agitationstouren ihn als Kandidaten des 2. Oldenburger Wahlkreises für den Reichstag in unser Land geführt haben. Auch lastete in früheren Jahren die Agitation in unserm Landesteil fast ausschließlich auf seinen Schultern. Möge dem Jubilar noch manches frohe Jahr beschieden sein. Der Abgeordnete Genosse Bartels hat den selbständigen Antrag gestellt, die Gemeinde- und Landesausschußwahlen auf einen Tag zu verlegen.

Der 21. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine

fand am 20. bis 25. Juni im Saalbau zu Ulm unter sehr starker Beteiligung statt.

Am 21. bis 23. Juni waren bereits nichtöffentliche Sitzungen des Vorstandes und Ausschusses und dieser Körperschaften mit dem Generalrat abgehalten, in denen teils vorbereitende Arbeiten für den Genossenschaftstag erledigt wurden, teils Berichte und Vorträge über das genossenschaftliche Steuerwesen von Dr. Maier-Hamburg und von Hoffmann-Hamburg über die Zugehörigkeit der Konsumvereine zu den Berufsgenossenschaften entgegengenommen wurden. Das bislang nicht erreichte Ziel der einheitlichen Unterstellung aller Konsumvereine mit sämtlichen Betrieben unter die Einzelhandels-Berufsgenossenschaft soll weiter verfolgt werden. Daneben fanden noch Konferenzen vertraulicher Art einzelner Gruppen von Vertretern und Verbänden zur Besprechung von Spezialfragen statt.

Am 23. Juni nachmittags erfolgte die Eröffnung. Heinrich Lorenz-Hamburg verlas die schriftlichen Kundgebungen aus- und inländischer Organisationen und bewillkommnete die Gäste: Ministerialrat Müller (Reichsernährungs- und Reichswirtschaftsministerium), Geheimrat Göhmann (preuß. Handelsministerium), Regierungsrat Kälin (württ. Staatsministerium), Geheimrat Dr. Jost (Preußenkasse), sowie die zahlreichen Vertreter der internationalen Genossenschaftsbewegung, die ebenfalls die Glückwünsche ihrer Genossenschaften überbrachten. Lorenz gab eine Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres, der Währungskatastrophe und der beabsichtigten Lösung der Reparationsfrage und zeichnete in knappen Zügen ein Bild der Wirkungen auf das deutsche Volk. Es handle sich um Bestand und Zukunft des deutschen Volkes, und so müsse die schwere Last getragen werden in der Hoffnung auf das Wachsen der Vernunft im Ausland und auf das Freiwerden des deutschen Volkes und des deutschen Landes in der selbstgewählten Demokratie, die auch die Grundlage der Genossenschaftsbewegung sei. In diesem Sinne müsse der Genossenschaftstag arbeiten, im festen Willen zum gemeinsamen Ueberwinden der Schwierigkeiten.

*

Am zweiten Verhandlungstage teilte Lorenz mit, daß 791 stimmberechtigte und 256 nicht stimmberechtigte Vertreter anwesend sind.

Heinrich Kaufmann begründete eine neue Geschäftsordnung des Genossenschaftstages, die dazu dienen soll, Mißbräuche der Geschäftsordnung — Sabotierung der Verhandlungen durch unnütze Antragstellerei, Massenwortmeldungen und ähnliche Tricks — zu verhindern, wie sie seit einigen Jahren von einer kleinen Gruppe beliebt werden. Die Abänderungen betreffen die Dauer der Redezeit, die Behandlung von Anträgen, das Abstimmungsverfahren, Wortentziehung u. a. m. Antragsgemäß wurde in en-bloc-Abstimmung die Vorlage gegen etwa 40 Stimmen angenommen.

Heinrich Kaufmann (Hamburg) berichtete über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Angeschlossen seien 1275 Konsumgenossenschaften mit 8495 Verteilungsstellen, 3 517 286 Mitgliederfamilien und 44 503 beschäftigten Personen. Die Zahl der Arbeitsgenossenschaften gehe ständig zurück; von 22 angeschlossenen berichteten 15, die 920 Personen beschäftigten. Den Zentralorganisationen seien angeschlossen die Großeinkaufsgesellschaft (2986 Beschäftigte), und die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine (412), die „Volksfürsorge" (229) und das Sächsische Bekleidungswerk (266). In allen Betrieben habe infolge des Währungszusammenbruchs und des geringen Beschäftigungsgrades ein starker Personalabbau stattgefunden, vor allem hätten aber auch die Konsumgenossenschaften ihr Betriebskapital und die Spareinlagen der Mitglieder verloren, während die erheblichen unbelasteten Sachwerte der bedeutenden Vereine wegen der Geldknappheit heute kaum neu zu beleihen seien. Die Aufwertungsfrage habe einiges Kopfzerbrechen verursacht. Selbstverständlich sei, daß, soweit Mittel vorhanden, zunächst die Besitzer von Obligationen und Spareinlagen und erst dann die Mitglieder zu entschädigen seien. Konsumgenossenschaften ohne Sachwerte können überhaupt nicht aufwerten, weil eben keine Werte da seien. Im allgemeinen habe man Spareinlagen und Obligationen mit 20 bis 25 Prozent aufgewertet und bei Geschäftsanteilen vielfach denselben Grundsatz angewandt. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied betrage noch nicht die Hälfte des Vorkriegsdurchschnittsumsatzes. In manchen Genossenschaften seien viel zu hohe Warenbestände, als daß ein zweimaliger Umschlag der Kolonial- und Materialwarenlager, wie erforderlich, möglich sei. Durchweg sei der Umsatz je Verkaufstag viel zu niedrig; es sei eben zu viel Personal vorhanden. Der Umsatz je Verkaufskraft müsse heute etwa 3000 Mark betragen. Humaner sei es, einen Teil des Personals zu entlassen, als infolge zu hoher Unkosten die ganze Genossenschaft pleite zu machen und alle beschäftigten Personen um ihre Brotstelle zu bringen. Besonders Gewicht müsse auf die Beschaffung neuen Betriebskapitals gelegt werden; es müsse viel mehr getan werden, die Mitglieder für die Auffüllung der Geschäftsanteile und für das genossenschaftliche Sparsystem zu interessieren. Die Genossenschaftsbewegung müsse alle Kraft einsetzen, um über die großen Schwierigkeiten der Gegenwart hinwegzukommen. Sparsamkeit und Fleiß, Hingabe und Pflichttreue seien die Eigenschaften, die die Genossenschaftsbewegung groß gemacht hätten; sie werden auch helfen, die heutigen Schwierigkeiten zu überwinden.

Bästlein (Hamburg) erstattete den Bericht über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Redner schilderte die unter Mitwirkung des Freien Ausschusses der deutschen Genossenschaftsverbände erfolgte Umgestaltung des Genossenschaftsgesetzes, die den Konsumvereinen einige wesentliche Erleichterungen brachte, und die Tätigkeit bezüglich der Aenderungen der Satzungen über die Revisionspflicht, der Umstellung der Geschäftsanteile auf Rentenmark und der Goldbilanzen, die zur Erfüllung der genossenschaftlichen Wünsche führte. Eingehend behandelte Redner die Schicksale der Genossenschaften im Inflationsjahre 1923, das sie um ihr gesamtes Betriebskapital brachte, weil die Produzenten Goldmark forderten, während die letzten Verteiler nur zu allstündlich wertloser werdender Papiermark verkaufen durften. Nur die Vereine, die entsprechend den Weisungen der Zentralen die Warenabgabe rechtzeitig auf Goldmark umstellten, konnten Teile der Substanz retten, während die große Zahl derer, die es nicht taten oder tun konnten, in eine mißliche Lage gerieten und heute das nötige Betriebskapital entbehren. Auch die Steuerbelastung, die vielfach eine Ausnahmebelastung der Konsumvereine gegenüber dem Kleinhandel bedeutete, besonders bei der Arbeitgeberabgabe, wirkte drückend auf die Vereine, fördernd für den Mittelstand. Bei der Regelung der Brotversorgung nach Aufhebung der Rationierung erleichterte der Regierungskredit die Mitwirkung der Konsumvereine, ebenso wirkte die anerkennenswerte Unterstützung durch das Ernährungsministerium bei der Beschaffung von Auslandswaren im November und Dezember recht vorteilhaft. Die Konsumvereine haben große Schwierigkeiten bei der Betriebsmittelbeschaffung und leiden unter den hohen Zinslasten, die auch den Warenpreis beeinflussen. Leider ist auch bei der erneuten Beratung die Doppelbelastung der Genossenschaften durch die Umsatzsteuer nicht beseitigt worden, was ebenso schärfsten Protest herausfordert wie das Verlangen von Industrie und Großhandel, die Umsatzsteuer nur beim letzten Verbraucher zu erheben. Bedauerlich ist, daß durch Verschulden von Abgeordneten, die den Genossenschaften nahestehen, diese mit der preußischen Gewerbesteuer belastet wurden, und zwar die preußischen Konsumvereine, obwohl sie gar keinen Gewerbebetrieb haben, mit vielen Millionen Mark allein in den Jahren 1924/25. Die Kartellgesetzgebung wirkt günstig, bedarf aber einer erheblichen Erweiterung durch Einführung eines Kartellregisters, in das die Spitzenverbände Einsicht nehmen können. Gegen die Gefährdung der Gefrierfleischeinfuhr durch die agrarischen Forderungen muß im Interesse der Volksernährung und der Leistungsfähigkeit der Industriearbeiterschaft energisch Front gemacht werden, ebenso gegen die Belastung von Auslandslebensmitteln mit der Umsatzsteuer und gegen die Pläne, die Schutzzölle für Lebensmittel wieder aufleben zu lassen. Redner legte dem Genossenschaftstag vier Entschließungen vor:

In der ersten werden die wirtschaftlichen Maßnahmen des Zentralverbandes im Jahre 1923 gebilligt und die Entrüstung des Genossenschaftstages über die Nichtbefreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer ausgesprochen. Es handle sich um eine durchaus ungerechte Doppelbesteuerung, da die Warenabgabe an die Mitglieder weder juristisch noch wirtschaftlich einen Umsatz darstelle. Von der Reichsregierung und Reichstag wird die Aufhebung der Steuer, für die sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat wiederholt aussprach, gefordert. Weiter wird gegen die Erhebung der Umsatzsteuer nur beim letzten Verteilen vor allem deswegen Einspruch erhoben, da dann die Umsatzsteuer zwar in den Preis aller Waren einkalkuliert, wegen der Unmöglichkeit einer einwandfreien Kontrolle aber zu einem erheblichen Teile nicht an die Reichskasse abgeliefert würde.

In der zweiten wird die Tätigkeit der Kartellgerichts und ihre guten Wirkungen anerkannt, aber im Hinblick auf fortbestehende Mißstände auf dem Gebiete des Kartell- und Preiskonventionswesens, unter denen auch die Konsumgenossenschaftszentrale leidet, die Einführung eines beim Reichswirtschaftsministerium zu führenden Kartellregisters gefordert, in der den Spitzenverbänden und ihren Beauftragten Einsichtsrecht zu gewähren ist, damit sie ein unverzügliches Einschreiten des Reichswirtschaftsministeriums beantragen können.

In der dritten wird der Forderung Ausdruck gegeben, daß die gesetzgebenden Körperschaften den Bestrebungen auf Beseitigung der Einfuhrerleichterungen für Vieh und Fleisch, insbesondere Gefrierfleisch, das zur Verbesserung der Volksernährung beitrage, im Lebensinteresse des deutschen Volkes die entschiedenste Abwehr zuteil werden lassen.

In der vierten wird Protest erhoben gegen die Einführung neuer und die Inkraftsetzung bzw. Erhöhung der bestehenden Schutzzölle. Die Erhebung von Schutzzöllen vermindere die Kaufkraft des Arbeitslohnes und des Beamtengehalts, fördere den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Kartelle und Syndikate, erhöhe die inländischen Produktionskosten, schwäche die deutsche Wirtschaft in ihrem Wettbewerb auf den ausländischen Märkten und erschwere den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Der Genossenschaftstag fordere daher, daß Reichsregierung und Reichstag an die Stelle des Schutzzollsystems eine nach freihändlerischen Grundsätzen orientierte Handelsvertragspolitik setzen.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischte Nachrichten.

Furchtbare Folgen des Hungers. Der aus Oberschlesien ausgewanderte Landarbeiter Ernst Hunger und seine Ehefrau, die sich im Elsaß niederlassen wollten, gerieten auf der Wanderschaft durch Deutschland in die größte Not. Da ihr 7 Monate altes Kind unter den Entbehrungen am meisten zu leiden hatte, legten sie es im Dezember vorigen Jahres auf ein Feld, wo es erfroren aufgefunden wurde. Das Schwurgericht in Braunschweig verurteilte die beiden Eltern zum Tode, beschloß jedoch, ein Begnadigungsgesuch für die beiden Verurteilten einzureichen.

Unwetter in der Schwäbischen Alb. Die Alb wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht, das die Ernte vollständig vernichtete. Die von dem Unwetter betroffene Gegend glich einer Winterlandschaft. An der Kirche von Hausen sind mehr als 70 Fensterscheiben eingeschlagen.

Acht Schwerverletzte bei einer Pulverexplosion. In Letter bei Hannover fanden Dienstag abend gegen 8 Uhr Männer unter einer Brücke am Mittelland-Kanal vier Kisten mit Schwarzpulver. Die Kisten wurden geöffnet und der Inhalt aus Neugierde mit einem Streichholz angezündet und dadurch zur Explosion gebracht. Während die Kisten geöffnet wurden, kamen noch einige Neugierige hinzu. Bei der Explosion wurden **vier Männer eine Frau und drei Kinder schwer verletzt** und liegen zum Teil hoffnungslos darnieder. Außerdem erlitten noch einige andere Personen leichtere Verletzungen. Es steht so gut wie fest, daß das Pulver aus einem Diebstahl herrührt.

„Sittlichkeitsverbrechen." Ein nettes Früchtchen, dieser Offiziierssohn! Eine ungewöhnliche Strafsache beschäftigte das Schöffengericht Dresden in längerer geheimer Sitzung. Wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 176 Absatz 3 des Reichsstrafgesetzbuches mußte sich die jetzt 24 Jahre alte, in Pirna wohnhafte Arbeiterin, vormalige Stütze Gertrud Marie Schwarze verantworten. Die Angeklagte hatte sich bei einem tschechischen Oberstleutnant a. D. Wittich in der Semperstraße in Dresden-Strehlen in Stellung befunden, sie war von dessen damals dreizehnjährigem Sohne, einem stämmigen Burschen, geschwängert worden und hatte später nach ihrer Niederkunft die üblichen Unterhaltsansprüche gestellt, war aber damit schön hereingefallen. Die Schwarze wurde sofort wegen Sittlichkeitsverbrechens (!) bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht, zu weiterem Unterhaltsstreit ist es nicht gekommen, da das Kind inzwischen wieder gestorben ist. Die Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Als Zeuge war jener Lothar Wittich vorgeladen, der aber wegen seiner Jugend unvereidigt bleiben mußte. Das Urteil lautete auf die gesetzlich zulässige Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist. Amtsgerichtsrat Dr. Eckelmann, der Vorsitzende des Gerichts, führte in der Begründung des Urteils aus, die Angeklagte sei beim erstmaligen Verkehr der Gewalt und Aufdringlichkeit des Zeugen Lothar Wittich unterlegen, in der Folgezeit sei es von ihrer Seite zu Widerstand nicht gekommen. Das Gericht sei der Ueberzeugung, daß die Schuld an den Vorkommnissen auf der Seite des jungen Zeugen liege, deshalb reichte die zulässig niedrigste Strafe aus. Zweifellos eine sehr ungewöhnliche Angelegenheit, die das Gericht beschäftigt hat. Aus der Begründung geht deutlich hervor, daß der junge Bursche das Mädchen durch „Gewalt und Aufdringlichkeit" seinem Willen gefügig machte. Der Junge wird als stämmiger Mensch geschildert. Er hat zweifellos das Stadium der Geschlechtsreife — wenn auch etwas früher als normal — erreicht und als Objekt seiner Triebe das wirtschaftlich abhängige, arme Mädchen betrachtet. Möglicherweise haben falsche Erziehung oder erhebliche Belastungsmomente den Burschen zu einem herrischen Lüstling gemacht. „Herrenmoral" sieht ja nicht nur im Mädchen schlechthin, sondern vor allem im Arbeitermädchen den — man verzeihe das Wort — Gebrauchsgegenstand. Das Gericht bzw. das Gesetz konnte den unnatürlich veranlagten Jungen nicht fassen. Er ist noch ein Kind. Den Jahren nach wenigstens. Der Buchstabe, in diesem Falle die Zahl, ist juristisch entscheidend gewesen. — Der gesunde Menschenverstand findet die Verurteilung des Mädchens unnatürlich, unbegreiflich. Da entdeckt man juristische Wolfsgruben. Das Strafgesetzbuch verlangt dem Wortlaut nach Bestrafung, während die Wirklichkeit Freispruch erwartet hätte. Das Ganze mutet an wie eine Groteske. Und doch eine Tragödie. Hier der Junge, den frühe Mannbarkeit und andere, dem Fernstehenden nicht bekannte Triebe und Gelüste zu üblem Tun treiben, dort das Mädchen, das Opfer seiner Umgebung, seiner sozialen Gebundenheit. Dann das Gericht, das den Buchstaben sieht und dem Buchstaben nach urteilt. Und doch nicht Recht gesprochen hat.

Fünf Schüler ertrunken. Bei Heydekrug sind beim Baden in dem Memelstrom drei Mädchen und zwei Knaben, Schüler höherer Lehranstalten aus Tilsit, ertrunken. Sie sind in einen Strudel geraten, der sich infolge des Hochwassers gebildet hatte.

Schiffbruch. Das vermißte Boot, in dem sich der Kapitän des im Bengalischen Meerbusen gescheiterten Dampfers Clan Mac Millan befand, ist aufgefunden worden, so daß nunmehr die gesamte Besatzung des Dampfers gerettet ist.

Die Hochstapeleien des „Fürsten Sapieha". In ein geheimnisvolles Dunkel über seine Herkunft suchte sich ein Angeklagter zu hüllen, der vom Amtsgericht Mitte in Berlin unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung und des Betruges abgeurteilt wurde. Nach der Anklage handelt es sich um den Arbeiter Stanislaus Woy aus Warschau. Der Angeklagte versicherte aber vor Gericht mit großem Redefluß, wenn er auch gebrochen deutsch mit stark polnischem Akzent spricht, daß er wirklich der Fürst Caesar Stanislaus Leon Sapieha aus Oliva im Freistaat Danzig sei. Den Namen Woy habe er nur etwa 4 Wochen lang aus politischen Gründen geführt und damals die Papiere eines Landsmannes namens Woy verwendet. Der Angeklagte ist 1923 in Danzig festgenommen worden. Er nannte sich dort Prinz Sapieha und in seiner Begleitung war die Tochter eines Berliner Gastwirts, die er mitgenommen hatte, als ihm der Boden in Berlin zu heiß geworden war. Diese hatte er in München und an verschiedenen anderen Orten Deutschlands als Prinzessin Eleonore Sapieha-Ruthland auf Schloß Ruthland bei Oliva ausgegeben. Nach der Anklage hat der Angeklagte in Berlin eine Reihe Grundstücksschwindeleien unter falschem Namen verübt. Er hat, indem er sich als Grundstücksmakler Joseph Rochmann aus Lubin ausgab, mehrere diesem gehörige Häuser in Berlin mehrmals verkauft und sich Anzahlungen und Vorschüsse geben lassen. Der Angeklagte war Vorsitzender des Aufsichtsrats einer europäischen Immobilienbank geworden und hatte sich hier als Dr. jur. Prinz Sapieha ausgegeben. Nachdem man dahintergekommen war, daß es mit diesem Prinzen nicht weit her sei, hatte sich die Genossenschaft aufgelöst und der Angeklagte hatte dann die Beziehungen, die er mit verschiedenen Grundstücksmaklern angeknüpft hatte, dazu ausgenutzt, seine Schwindeleien zu begehen. Die Beweisaufnahme ergab, daß dieser noch im Februar 1922 in einem Keller in Berlin gewohnt hatte. Er ist dann in Beziehung zu der Gastwirtstochter Emma Pommerenke getreten. Der Angeklagte hatte sich zuerst Woy genannt und war Angestellter in einem mittleren Grundstücksvermittlungsgeschäft. Plötzlich trat er mit der Behauptung auf, daß er der Fürst Sapieha sei. Er legte einen gefälschten Diplomatenpaß der außerordentlichen Mission der weißruthenischen Volksrepublik vor und zeigte eine Photographie, auf der er als Rittmeister eines deutschen Husarenregiments zu sehen war. Sein Bruder sei, so behauptete er, polnischer Außenminister. Zum Beweise von der Existenz seiner Familie legte er den gothaischen Adelsalmanach von 1921 vor. So fand er Leichtgläubige und konnte die „Europäische Verkehrs- und Grundstücksbank A.-G." gründen, deren Aufsichtsratsvorsitzender er wurde. Jetzt nannte er sich Dr. jur. Prinz Stanislaus Cäsar Fürst Leon v. Sapieha. In einem anderen Falle bezeichnete er sich auch als Diplom-Ingenieur. Um diese Zeit beantragte er auch beim Standesamt zwei uneheliche Kinder, die er von einer polnischen Arbeiterin hatte, als seine Kinder, nämlich des Fürsten Sapieha anzuerkennen. Da die Geschäfte der Aktiengesellschaft sich sehr zweifelhaft gestalteten, schieden die meisten Mitglieder aus und die Gesellschaft kam zur Auflösung. Der Kaufmann Joseph Rochmann, der in Berlin zwei Häuser besaß, wollte nach seiner Heimatstadt Lublin zurückkehren. „Fürst Sapieha" bat ihn, ihm die Verwaltung der Häuser zu übertragen, was Rochmann jedoch ablehnte. Nachdem Rochmann Berlin verlassen hatte, trat der Angeklagte als Rochmann auf und verkaufte das eine Grundstück innerhalb von wenigen Tagen gleich an zwei Personen. Beide Male ließ er sich Anzahlungen in bar und in Schecks geben. Durch die doppelten Auflassungsanträge kam der Schwindel heraus, der Fürst hatte aber bereits Berlin mit seiner Beute verlassen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzten Betruges und Urkundenfälschung unter Versagung mildernder Umstände zu zwei Jahren vier Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wurde dem Angeklagten mit 1 Jahr 3 Monaten angerechnet. Der Angeklagte erklärte, daß er das Urteil nicht annehme, er sei und bleibe der Fürst Sapieha und gehöre nicht ins Zuchthaus.

Schweres Bootsunglück auf der Mottlau. Aus Danzig wird berichtet: Drei junge Leute mieteten sich ein Boot, um nur eine Stunde auf der Mottlau zu rudern. Das Boot war für vier Personen bestimmt. Die drei Insassen nahmen jedoch später weitere fünf Personen, darunter vier junge Mädchen, in das Boot auf. Bei der Fahrt wurde in übermütiger Weise geschaukelt, wobei das Boot plötzlich kenterte und die zum Teil angetrunkenen Insassen ins Wasser stürzten. Vier Personen ertranken, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Es waren dies drei der jungen Mädchen und ein Arbeiter. Den übrigen vier Insassen gelang es, sich schwimmend ans Ufer zu retten.

Explosionsunglück auf einem Dampfer. Durch die Explosion an Bord des britischen Transportdampfers „Egremontcastle" im Hafen von Brooklyn, bei der **200 000 Gallonen gasförmigen Naphthas** in die Luft flogen, wurden **fünf Mann der Besatzung getötet**, acht weitere schwer verletzt. Aus Furcht vor weiteren Explosionen ging der Dampfer in East River vor Anker, wo er bald darauf sank.

Neue Blatternfälle in Kopenhagen. Vor einigen Wochen befürchtete man in Dänemark eine Blatternepidemie. In den verschiedenen Stadtteilen Kopenhagens traten einzelne Fälle auf. Durch Desinfektion der Brutstätten und Impfung der Bevölkerung glaubte man der Ansteckung Herr geworden zu sein. Jetzt meldet das Gesundheitsamt **eine Reihe von neuen Krankheitsfällen.** Alles in allem sind **8 Patienten** in dem Epidemiekrankenhaus abgesondert worden. Merkwürdigerweise hat man eine Verbindung zwischen den neuen und den ersten Fällen nicht nachweisen können.

Unwetterverwüstungen in Amerika. Nach tagelanger ungewöhnlicher Hitze, die in ganz Nordamerika Temperaturen von 90 bis 100 Grad Fahrenheit (35 bis 40 Grad Celsius) gebracht hatte, brach am Sonntag über Neuyork mit furchtbarer Wucht ein Orkan herein. Trotzdem ist ein Nachlassen der Hitze nicht zu erwarten. In Kalifornien herrschen Gewitterstürme, wie sie seit Jahrzehnten nicht vorgekommen sind. In den Ortschaften Buffalo, Dunkirch, Syracuse und Newark, wie überhaupt in den Mississippi-Ohio-Tälern, ist der Schaden ungeheuer. Ganze Waldstriche sind entwurzelt; der Ernteschaden ist unabsehbar. Infolge Blitzschlages sind zahlreiche Gebäude niedergebrannt und umfangreiche Verkehrsstörungen eingetreten. Hitze und Unwetter haben bisher 26 Todesopfer gefordert.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Gemeindefinanzen und Gemeindesteuern in Preußen. Von Bruno Asch, Bürgermeister in Höchst am Main. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17. Preis 1,50 Goldmark. Bürgermeister Asch gibt durch seine Schrift dankenswerte Aufklärungen, die vielen sehr willkommen sein werden. Er untersucht die heutigen Steuerarten nach ihrem finanziellen und wirtschaftlichen Charakter hin, bespricht in diesem Zusammenhang überhaupt die oft unzulängliche Finanzpolitik der Gemeinden und bringt dafür Tatsachenmaterial in Hülle und Fülle. Seine Vorschläge für neue Einnahmequellen sind größter Beachtung wert, hier spricht ein Fachmann zu uns, was den Wert des Buches erheblich erhöht.

Kürschners Deutscher Reichstag 1924 ist wieder erschienen. (Hermann Hillger-Verlag, Berlin W. 9, Preis 1 Mark.) Das dicke Büchelchen gibt neben den Bildern der Abgeordneten über deren Lebensgang Auskunft und ferner Aufschluß über alles, auf die Reichstagswahl Bezugnehmende. Wahlergebnisse von 1871—1920, Präsidenten, Berufsgliederung, Fraktionen usw.

Führer durch das Bad Oldesloe — Verlag L. H. Meyer in Oldesloe. Das 88 Seiten starke Buch gibt über Stadt und Bad wissenswerten Aufschluß, enthält die Beschreibung über 12 Ausflüge in die nähere Umgegend, einen zweifarbigen Stadtplan und eine Wanderkarte.

Briefkasten.

An die auswärtigen Parteivereine! Es kommen öfters Briefe mit persönlich gerichteter Adresse an den Genossen Dr. Leber, in denen er als Referent erbeten wird. Da Genosse Leber jetzt sehr oft in Berlin weilt, erfahren diese Anfragen große Verzögerungen in der Beantwortung. Gesuche um Referentengestellung (auch mit besonderen persönlichen Wünschen) sind ausschließlich an das Parteisekretariat, Lübeck, Johannisstraße 48, zu richten. Für den Lübecker Volksboten bestimmte Nachrichten aber sind nicht persönlich, sondern an die Redaktion zu adressieren.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Nach Abzug der gestern noch bis Südskandinavien hineingreifenden, mit einem Kern über Finnland liegenden Depression sind wir in den Bereich des nachrückenden Keil hohen Druckes gekommen. Die nördliche Luftströmung macht allmählich wärmeren Luftmassen Platz; die Winde flauen ab, die Temperaturen nehmen zu. Die Tiefdruckgebiete ziehen immer noch weit nördlich an uns vorüber und beeinflussen unsere Witterung nicht wesentlich zum Schlechten.

Verhersage für den 26. und 27. Juni 1924.

Heiter bis wolkig und trocken, etwas wärmer.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 25. Juni. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Das Geschäft war so beschränkt, daß man kaum von Umsätzen reden kann. Preise blieben im allgemeinen ziemlich unverändert und neigten eher zur Schwäche. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo. (4,20 Rentenmark = 1 Dollar.) Weizen 134—140, Roggen 114—124, Hafer 124—130, Sommergerste 136—143 ab inländischer Station, einschl. Vorpommern. Ausländische Gerste 148—164, Mais, loko, 134—138 Mark, frei Kaiwaggon. Oelkuchen. Die Nachfrage für Herbstsichten bleibt bestehen.

Futtermittel. Hamburg, 25. Juni. Mais, loko, 6,75 Mk., Reisfuttermehl (24%) 5,—; Rapskuchen 4,50; Palmkuchen 5,60; Leinkuchen 8,40; Kokoskuchen 8,60; Palmkernschrot 4,90; inländ. Weizenkleie 4,45; Gerste, loko, 7,90 Mark. Tendenz: weiterhin ruhig und geschäftslos.

Heu und Stroh. Hamburg, 25. Juni. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose auf 3,00 Mk., do. gepreßt auf 3,90 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 1,70 Mk., do. gepreßt 1,80 Mk. Alle Preise verstehen sich je Zentner frei Waggon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbek, exkl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von **Henko** bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

4573

Amtlicher Teil

Während der Abwesenheit des Senators **Dr. Vermehren** werden die Geschäfte des Rathausherrn von dem Staatsrat **Dr. Geise** wahrgenommen. (4612

Ferner hat für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren **Dr. Vermehren** und **Löwigt** Senator **Friedrich** den Vorsitz in der Oberschulbehörde übernommen.

Nichtamtlicher Teil

Eine Frau für Sonnabendnachmitag z. Büroreinmachen ges. Zu meld. 4601 Glockengießerstr. 14, II.

Wäsche-Ausbesserin, perf. i. Beschäft., Std. 30 Pfg., S.-Anz. m. Pr.-Ang. ges. (Schl. Fig., 1,78). Ang. u. D 193 a. d. Exp. (4584

2 Frauen s. Beschäftig. z. Volksfest (Schank- oder Kaffeezelt). Ang. unter D 194 a. d. Exp. d. Bl. (4590

1 gut erh. Haustür, 2 Flügel, mit Oberlicht, 265/150, zu verk. (4608 **Frahm, Schwartau,** Auguststr. 1a.

Am 24. Juni 1924 endete ein sanfter Tod das rastlos tätige Leben meiner lieben Frau und der treusorgend. Mutter meiner Kinder

Maria Ramm
geb. Westphal

im 37. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:
Otto Ramm und Kinder nebst allen Angehörigen.

Beerdigung Sonnabend, den 28. Juni, 2 Uhr, in Genin. (4611

Jg. Tischler sucht Beschäftigung im Hause. Ang. unt. D 192 a. d. E. (4563

Jg. Hunde zu versch. 4569) Wickedestr. 28, II.

Mah. Sofatisch, oval, 25 M., kl. Tische, 3 u. 2 M., z. verk. Kottwitzstr. 23, I.

Freitag v. 2—6 Uhr **Ferkel** und **Zugänger** zu verk. (4596 **Jürgensgasth., Kücknitz**

Gebr. Fahrräd. kauft (4578 **Laufer,** Wakenitzmauer 5.

Weckgläser zu kaufen gesucht. Ang. u. D 195 an die Exped. (4599

Schneiderin empf. sich 4594) Waisenhofstr. 23, IV.

Jeden Dienstag und Freitag von 3—6 Uhr:
Eimerbier.
4577 **H. Bade.**

Liebknechts
Volksfremdwörterbuch
Gebunden Mk. 8.—
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Wo kaufe ich meine
Schuhwaren
gut und billig?
Direkt ab Lager bei 4572
Rudolph Koopmann
Schuhwaren-Großhandlung
Breite Strasse 51, I (Café Hodermann).

Zum Tode verurteilt sind
Läuse, Wanzen in ½ Stunde unter Garantie **Flöhe, Brut** bei Mensch u. Tier mit „Riesolda", ges. gesch. Mittel. 100 000mal bewährt
Verkauf: **Aegidienstraße 4.** (4579

Sonntage eines Großstädters in der Natur
Von Kurt Grottewitz
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
gebunden Mk. 2.25
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46

Lebensmittel vorteilhaft im Konsumverein

Meine Preise sind der Geldknappheit angepaßt!

Ich bringe folgende Extra-Angebote:

Reizende Frotte's mit Streifen . . Mtr. 2.95		2.50
Reizende Mousseline . . . . . Mtr. 1.25		98 ₰
Herren-Socken . Paar 88 ₰ 75 ₰ 68 ₰ 50 ₰		38 ₰
Makko-Hemden 4.50 3.95 2.95		2.65
Makko-Hosen 3.95 2.95		2.65
Normal-Hemden wollgemischt 3.95		2.95
Normal-Hosen wollgemischt 3.95		2.95
Damen-Strümpfe . . . . 1.95 1.65 1.25 88 ₰		58 ₰
Ia. Strickwolle . . . . . 100 Gramm		95 ₰
Sommer-Joppen 8.95 7.50 6.95		4.95
Ganz schwere Buckskin-Hosen	7.95 5.95	4.85
Schwere Pilot-Hosen 7.95		5.95
Blaue Schlosser-Jacken 4.50		3.95
Prinzeß-Röcke für Damen . . . 6.95 5.95		3.95

Damen- und Kinder-Hemden in allen Preislagen. 4610

Oxford-Hemden sonstiger Preis 4.90 . . jetzt **2.95**

Johannes Holst

Markt 6 **Lübeck** Kohlmarkt 6

Eimerbier
Freitag von 4—6 Uhr.
4597) Brauerei Stamer, Meierstraße 15 und Warendorpstraße 19b.

Schweizerkäse ℔ 1.20 M
Alter Holländer ℔ 1.20 M
Tilsiter Fettkäse ℔ 90 ₰
Alter Tilsiter Käse ℔ 60 ₰
Schmackh. Tilsiter ℔ 40 ₰
Schnittiger Käse ℔ 30 ₰ (4592
Eduard Speck
Hüxstr. 80/84.

Freitag u. Sonnabend:
pr. jung. Rohfleisch und Wurst
zu ganz billigen Preisen
Fr. Kollmann,
4595) Reiferstr. 8.

Billig und Uhrenreparaturen zuverlässig!
1 Jahr Garantie.
Herm. Voß, Uhrmacher
Jetzt nur Fleischhauerstr. 36.

Käse!
billig. (4609
Hans Wede
Schwartauer Allee 5.

Sozialistische Klassiker
*
Ferdinand Lassalle
Auswahl von Reden und Schriften nebst kurzer Biographie und geschichtlicher Einführung von Dr. Karl Renner geb. 8 Mark
*
August Bebel
Der Mann und sein Werk
von Franz Klüß
geb. 6 Mark
Buchhandlung des **Lübecker Volksboten**
Johannisstr. 46.

Für jedes Fest

ff. Pilsener d. Aktienbrauerei
Bier-Siphon-Versand Hundestr. 52. F. 1071
(4317)
Karl Lender.

Die deutsche Revolution
von 1848—1849
Geschichte der deutschen Bewegung von 1848—1849
Von **Wilhelm Blos**
Geb. Mk. 6.50

Die französische Revolution
von 1789—1804
Volkstümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände von 1789—1804
Von **Wilhelm Blos**
Geb. Mk. 6.50:

Großer Deutscher Bauernkrieg
Von **Dr. W. Zimmermann**
Herausgegeben von **Wilhelm Blos**
Geb. Mk. 6.50

Buchhandlung des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46

Visitenkarten
fertigt an die
Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Abend-Sonderzug von Lübeck nach Hamburg
am Sonnabend, dem 28. Juni 1924, abends 11,24 ab Lübeck
mit Halten in Reinfeld, Oldesloe, Wandsbek an Hamburg 12,43.
Zuschlag zur einfachen Fahrkarte 50 Pfennig, Zuschlag zur Tagesfahrkarte Mark 1,— an der Fahrkartenausgabe.

Von der
Lehrmeister-Bibliothek
empfehlen wir folgende Nummern
à 25 Pfennig.

Nr. 561—563. Selbstanfertigung kleiner Zwischenmöbel.
„ 564. Selbstbau kleiner elektr. Anlagen.
„ 565. Mieterschutz.
„ 566. Die Reichseinkommensteuer.
„ 567. Die Krankenversicherung.
„ 568. Gymnastische Vorübungen z. Turnen, Schwimmen und Rudern.
„ 570/571. Die Perspektive.
„ 572. Selbstgefertigte Taschen.
„ 573. Selbstgefertigtes Spielzeug.
„ 574. Selbstanfertigung von Möbeln.
„ 575/576. Der Mechaniker im Hause.
„ 577/579. Die Uhren, Einrichtung und Besichtigung kleiner Fehler.
„ 580. Selbstanfertigung einfacher Pendeluhren.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung d. Lübecker Volksboten
Johannisstraße 45.

Offizielle Führungen (4587
des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs
Werktags 9½ und 3 Uhr, Sonntags 11 Uhr ab Geschäftsstelle Mengstr. 4 Gmk. 2.—

Eimerbier.
Freitag von 4—6 Uhr.
4591) Brauerei Wilcken, sowie Arnimstr. 21 a.

Ohne Geld

mit nur kleiner **An- und Abzahlung** erhalten Sie

Auf Kredit	Auf Kredit	Auf Kredit
Anzüge	**Herr.- u. Damen-Wäsche**	**Damen-Mäntel**
f. Herren-, Burschen und Kinder sowie **Paletots** u. **Gummimäntel** in feinster Verarbeitung u. bester Qualität	**Bettwäsche** **Inletts** **Hemdentuche** **Handtücher** **Gardinen** u. **Federbetten**	**Kostüme** **Kleider** **Röcke** 4600 **Blusen** **Sportjacken** sowie **Gummimäntel**
Kredit	**auch nach**	**auswärts**

H. Kesten

Holstenstr. 17 Erste Etage
Ungenierter Seiteneingang

Nb.: Die gekauften Waren werden bei mir sofort ausgehändigt

Das Tagesgespräch

von Lübeck bilden meine unglaublich billigen Preise.

Eine Kaufgelegenheit, wie sie günstiger nicht gedacht werden kann

Der Beweis:

Hemdentuch, reinfadige Ware . .	69 ₰	**Einsatz-Hemde**	2.45
Hemdenflanelle, stark gerauht . .	69 ₰	**Herren-Leinen-Hemde**	2.95
Kleider-Velour, gute Qualitäten .	89 ₰	**Barchent-Hemde**	2.95
Inletts, türkischrot, daunendicht .	3.95	**Köper-Barchent-Hemde** . . .	2.95
Seiden-Jumper	4.95	**Damen-Hemde**	1.45
Wollene Jumper, Handarbeit . .	5.95	mit Stickerei und Hohlsaum . . .	2.40
Sportjacken	11.00 7.80	**Beinkleider**	1.95
Strandjacken, sehr apart .	preiswert	**Untertaillen**	95 ₰

Herren-Sport-Anzüge, Cord, gut gefüttert **18.75**

Herren-Anzüge	39.00 29.00	**Herren-Mäntel**	26.00 15.00
guter Sitz auf Wollserge		**Sport-Ulster, Paletots**	20% Rabatt

Kinder-Kleider Größe 45—60 **2.90** Größe 65—75 **3.30** Größe 80—100 **3.95**

Damen-Covercoat-Mäntel . .	7.95	**Musseline-Kleider**	5.95
Damen-Donegal-Mäntel . . .	6.95	**Frotté-Kleider**	14.00 7.85
Alpakka-Mäntel	16.80	**Seidene Kleider**	33.00 23.00
Knaben-Waschanzüge . von	6.80 an	**Donegal-Kostüme,** eleg. gefüttert	12.85

Restposten Kindersandalen . . 1.95

Kaufhaus des Ostens

Franz Wehrendt

Lübeck, Untere Hüxstraße 110.

Ein großer Irrtum

wäre es, wenn man glauben wollte, man könne nur die oben angeführten Artikel gut und billig bei mir kaufen. — Nein, auch in anderen Artikeln halte ich eine große Auswahl und bin ich **sehr preiswert.**

Warum kann ich so billig verkaufen?

dass meine Kunden, wie sie selbst erklären, 3—4 Mark ersparen können?

Antwort: Es ist ohne weiteres erklärlich, dass ein Geschäftsmann der soviel umsetzt wie ich und bei den leistungsfähigsten Fabriken direkt seine Einkäufe macht, **billig liefern kann.** Wenn ich an jedem Geschäft nur wenig verdiene, so verdiene ich bei den vielen Kunden; ich als Abnehmer habe immer noch genug um existieren zu können. Wie sie selbst sehen, suche ich Sie nicht durch blosse Redensarten zu blenden, sondern sage Ihnen ganz offen, wie die Dinge liegen. (4609